

Stenographisches Protokoll.

118. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 29. Jänner 1930.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeigen (3395) — Immunitätsangelegenheiten Austerlitz und Gritschacher — Immunitätsausschuß (3395 u. 3396).

Verfassungsgerichtshof: Zuschrift des Bundeskanzleramtes, betr. die Erstattung der Dreierentwürfe des Nationalrates für die Ernennung von drei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern des Verfassungsgerichtshofes auf Grund des Artikels 147, Absatz 2, des Bundes-Verfassungsgesetzes (3396) — Vornahme der Wahl (3426).

Zuschrift des Bundeskanzlers: Mitteilung von der Übertragung der Leitung mehrerer zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörenden Angelegenheiten an den Bundesminister Schumy (3396).

Zuschrift des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft: Vorlage einer Nachweisung über die aus dem Völkerbundkredit für Molkereizwecke angesprochenen, bewilligten und ausbezahlten Darlehen mit dem Stande vom 31. Dezember 1929 — Finanz- und Budgetausschuß (3396).

Zuschrift des Finanzministers: Mitteilung über besondere Verfügungen im Sinne des § 6, Absatz 2, des Postparkassengesetzes (3396).

Regierungsvorlagen: 1. Mißbräuchliche Verwendung von Zeugnissen, Befunden und Gutachten technischer Versuch- und anderer Untersuchungsanstalten (B. 427) (3396) — Ausschuß für Handel (3426);
2. Anlegung ständiger Wählerverzeichnisse (Bürgerlisten) (B. 428) (3396).

Verhandlung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abg. Thaler, Buchinger, Geisler, Barboch, Ing. Tauschitz u. Gen. (250/A) auf Erweiterung des Bundesgesetzes vom 27. September 1929, B. G. Bl. Nr. 322, betr. Einfuhrscheine für Getreide und Rindvieh, für Pferde, Milch und Molkereiprodukte (B. 429) — Berichterstatter Buchinger (3396 u. 3403), Dr. Straßner (3398), Schiegl (3399), Mayrhofer (3400), Hartleb (3402) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (3403).

Dringliche Anfrage: Dr. Bauer u. Gen. an die Bundesregierung über Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit (3396) — Dr. Bauer (3403), Bundesminister Dr. Innitzer (3413), Barboch (3413), Schleisinger (3416), Striebnig (3419), Spalowsky (3420), Janacek (3423).

Tagesordnung: Ergänzung der Tagesordnung (3426) — Antrag Doppler auf Vornahme der 1. Lesung der Regierungsvorlage B. 428 (3426).

Ausschüsse: Zuweisung des Antrages Nr. 249 an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (3426).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Dr. Grailer, Partit, Clessin, Wollek, Klimann, betr. die Errichtung einer Apothekerammer (251/A);

2. Pirchegger, Flug, Geisler auf ein Bundesgesetz, betr. den Schutz der Land- und Forstwirtschaft gegen Kulturschäden (252/A).

Anfragen: 1. Paulitsch, Dr. Buresch, Dr. Migner, Gritschacher, Thaler, Pirchegger, Heint, Dr. Drexel, Dr. Kolb, Dr. Ramet, Geisler, Gangl, Kollmann, Delzelt u. Gen., Bundesregierung, betr. die strafrechtliche Verfolgung der Zeitung „Der Morgen“ vom 27. Jänner 1930, Seite 16, unter Rubrik „Blauer Montag“, wegen einer blasphemischen Darstellung (188/I);

2. Clessin, Klimann u. Gen., Handelsminister, betr. Wahrung des Telephonheimnisses in Salzburg (189/I);

3. Forstner u. Gen., Minister für soziale Verwaltung, betr. die Ratifikation des auf der XII. Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1929 beschlossenen internationalen Abkommens zum Schutze der Hafenarbeiter (190/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 427 und 428.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses B. 429.

Tagesordnung: Einfuhrscheine für Pferde und Molkereiprodukte (B. 429).

Präsident **Eldersich** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 10 Min. nachm. und erklärt die Protokolle über die Sitzungen vom 19. und 20. Dezember 1929 als genehmigt.

Wollek ist krank gemeldet, Kern und Streernitz sind entschuldigt.

Präsident **Eldersich:** Präsident Dr. Alfred Gürtler ist durch Krankheit verhindert, die Verhandlungen in der heutigen Sitzung zu leiten.

Ich bin sicher, dem Empfinden aller Damen und Herren des hohen Hauses zu entsprechen, wenn ich dem Wunsche nach baldiger, vollständiger Wiederherstellung des Herrn Präsidenten Ausdruck gebe. (Lebhafter Beifall.)

Das Landesgericht für Strafsachen Wien I und das Strafbezirksgericht I in Wien, Abteilung 1, ersuchen um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Herrn Abg. Friedrich Austerlitz wegen Ehrenbeleidigung.

* Das Bezirksgericht Spittal ersucht um Zustimmung zur gerichtlichen Verfolgung des Herrn Abg. Josef Gritschacher wegen Übertretung nach § 399 des Strafgesetzes.

Diese Immunitätsangelegenheiten werden dem Immunitätsausschuß zugewiesen.

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft übermittelt eine Nachweisung über die aus dem Völkerbundkredit für Molkereizwecke angesprochenen, bewilligten und ausbezahlten Darlehen mit dem Stande vom 31. Dezember 1929. Diese Nachweisung wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Eingelangt ist folgende Zuschrift des Herrn Bundeskanzlers, in welcher von der Übertragung der Leitung mehrerer zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten an den Bundesminister Ing. Vinzenz Schumy Mitteilung gemacht wird.

„An das Präsidium des Nationalrates!

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschließung vom 23. Dezember 1929 den Bundesminister Ing. Vinzenz Schumy im Sinne des Artikels 77, Absatz 3, letzter Satz, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Zweiten Bundes-Verfassungsnovelle die Leitung folgender zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten unbeschadet des Fortbestandes ihrer Zugehörigkeit zum Bundeskanzleramt, übertragen:

Angelegenheiten der Nationalratswahlen, der Wahl des Bundespräsidenten, der Volksabstimmungen und des Volksbegehrens, allgemeine Beamtenangelegenheiten, Angelegenheiten des Bundesgebietes, in die Kompetenz des Bundeskanzleramtes fallende Fragen des Enteignungsrechtes, Bundespolizeiwesen, administrative Polizeianglegenheiten, Angelegenheiten der Bundesgendarmarie, Personenstandsweisen mit Ausnahme der Ehedispensangelegenheiten, Aufsicht über die wirtschaftlichen Unternehmungen, Stiftungs- und Fondsweisen mit Ausnahme des mit der Kaiserlichen Entschließung vom 28. April 1853 gegründeten Wohltätigkeitsfonds, Vertragsversicherungswesen, Angelegenheiten des Bevölkerungswesens (insbesondere auch Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft, des Heimatrechtes und der Volkszählung) und Wanderungswesen.

Hievon beehre ich mich die Mitteilung zu machen

24. Dezember 1929.

Schober.“

Dient zur Kenntnis.

Vom Bundeskanzleramt ist eine Zuschrift eingelangt, betr. die Erstattung der Dreiervorschlüge des Nationalrates für die Ernennung von drei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern des Verfassungsgerichtshofes auf Grund des Artikels 147, Absatz 2, des Bundes-

Verfassungsgesetzes. Diese Zuschrift wurde den Vorständen der vier Parteiklubs zur Kenntnis gebracht.

Der Bundesminister für Finanzen teilt gemäß § 6, Absatz 4, des Postsparkassengesetzes vom 28. Dezember 1926, B. G. Bl. Nr. 9 aus 1927, mit, daß im Jahre 1929 in bezug auf die fruchtbringende Verwendung der aus dem Spar- und Scheckverkehr einfließenden Gelder der Postsparkasse weder von ihm noch von seinen Vorgängern eine besondere Verfügung im Sinne des § 6, Absatz 2, des Postsparkassengesetzes getroffen worden ist.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr. die mißbräuchliche Verwendung von Zeugnissen, Befunden und Gutachten technischer Versuch- und anderer Untersuchungsanstalten (B. 427); die Anlegung ständiger Wählerverzeichnisse (Bürgerlisten) (B. 428).

Eine dringliche Anfrage Dr. Bauer u. Gen. an die Bundesregierung über Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit lautet:

„Die Gefertigten richten an die Bundesregierung die Frage:

Ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, und dem Nationalrat über ihre Absichten Bericht zu erstatten?“

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, daß ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abg. Thaler, Buchinger, Geisler, Jarboch, Ing. Tauschitz u. Gen. (250/A) auf Erweiterung des Bundesgesetzes vom 27. September 1929, B. G. Bl. Nr. 322, betr. Einfuhrscheine für Getreide und Rindvieh, für Pferde, Milch und Molkereiprodukte (B. 429).

Berichterstatte **Buchinger**: Hohes Haus! Der Antrag der Abg. Thaler, Buchinger, Geisler, Jarboch, Tauschitz u. Gen. beinhaltet die Erweiterung des Einfuhrscheinsystems für Milch, Molkereiprodukte und Pferde. Der Antrag wurde am 27. Jänner im Finanz- und Budgetausschuß verhandelt, und der Ausschuß hat beschlossen, die Einführung des Einfuhrscheinsystems für Pferde und Molkereiprodukte, das ist Käse und Butter, einzuführen.

Die Einführung der Einfuhrscheine bei der Ausfuhr von Gebrauchspferden der Zolltarifnummer 56 b ist für unsere norische Pferdezucht wegen der Ausfuhr nach Deutschland geradezu eine unbedingte Notwendigkeit, speziell für die pferdezuchttreibenden Länder Salzburg, Oberösterreich, Kärnten und Tirol. Die norische Pferdezucht bildet in diesen Ländern einen außerordentlich wichtigen Betriebszweig, und es ist die Befürchtung begründet, daß unser Zuchtgebiet der Pinzgauer Pferde dieses Absatzgebiet verliert, daß die deutschen Abnehmer sich uns entfremden und dadurch das rheinische Kaltblutpferd und der Belgier in Deutschland in den Vordergrund tritt. Daher ist die Einführung des Einfuhrscheinsystems für Gebrauchspferde, speziell für die Pinzgauer Zucht, geradezu eine Lebensfrage.

Was die Einfuhrscheine für Butter nach der Zolltarifnummer 71 und für Käse nach der Zolltarifnummer 98 betrifft, möchte ich darauf hinweisen, daß es sich bei der Ausfertigung eines Einfuhrscheines bei Butter um ein Mindestgewicht von 5 Meterzentner und bei Käse um ein Mindestgewicht von 1 Meterzentner handeln muß. Selbstverständlich müssen die Ausfuhrsendungen von Käse aus Gattungen bestehen, die ein und demselben Zoll unterliegen.

Die Ausstellung von Einfuhrscheinen ist naturgemäß besonders an die Qualitätsware gebunden. Wie wir uns den österreichischen Markt nur mit Qualitätswaren erobern konnten, können wir den Auslandsmarkt uns nur sichern und die Konkurrenz dort nur dann aufnehmen, wenn wir vorwiegend eine Qualitätsware erzeugen. Es ist auch im Gesetz vorgesorgt, daß bei der Ausfuhr von Butter und Käse die landwirtschaftlichen Hauptkorporationen zur Konstatierung der Qualitätswaren in Betracht kommen, damit sie die Qualitäten und die Betriebe nicht nur überprüfen, sondern auch untersuchen, damit einwandfreie Ware ins Ausland exportiert wird.

Es ist weiter vorgesehen, daß auch andere Stellen mit dieser Kontrolle betraut werden können, aber ich gebe auch hier meiner Meinung als Berichterstatter ganz bekräftigt Ausdruck, daß das nur dann möglich ist, wenn die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften dieses Recht, das ihnen eingeräumt ist, auf jemand anderen übertragen wollen. Das ist hier im Gesetz auch verankert, weil es auch leichter ist, eine Verordnung abzuändern, wenn es notwendig ist, als das Gesetz einer Umänderung zu unterziehen.

Im § 2 dieses Gesetzes wird darauf aufmerksam gemacht, daß die auf Grund dieses Gesetzes ausgestellten Einfuhrscheine zur Verzollung von Einfuhrwaren jener Warengattungen verwendet werden können, für welche die Ausstellung von Einfuhrscheinen im Falle der Ausfuhr vorgesehen ist. Das scheint auf dem ersten Blick eine Einschränkung gegenüber dem anderen System zu sein, und in gewissem Maße ist es auch so. Früher waren die Vieh- und Fleischmarktfassern und die landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände allein berechtigt, nicht nur diese Einfuhrscheine zu übernehmen, sondern auch alle Waren, die sie für ihre Betriebe benötigen, damit einzuführen und zur Zollzahlung zu verwenden. Und jetzt ist das etwas anders. Es werden wohl diese Stellen mit der Übernahme von Einfuhrscheinen betraut; das ist richtig. Aber es können die Einfuhrscheine nur verwendet werden zur Zollzahlung für solche Warengattungen, für die Einfuhrscheine, bei der Ausfuhr ausgestellt werden. Wenn ich ein Beispiel nehmen darf: Wenn Butter ausgeführt wird, bekommt der Exporteur einen Einfuhrschein, den ein Genossenschaftsverband übernimmt, dieser hat nicht nur das Recht, diesen Einfuhrschein zur Zollzahlung für Butter zu verwenden, sondern er kann denselben für Käse, für Schlachtrinder,

für Getreide, für Pferde zur Zollzahlung verwenden. Somit kann der Einfuhrschein zur Zollzahlung für jene Wareneinfuhr verwendet werden, für welche bei der Ausfuhr Einfuhrscheine ausgestellt werden können. Ich möchte das hier ganz genau beim § 2 feststellen, damit nicht Mißdeutungen Platz greifen.

Es wurde auch in den Ausschußverhandlungen angeregt, ob man die Einfuhrscheine nicht auf die sogenannten Finanzzölle ausdehnen könnte, auf Kaffee, Tee, Gewürze usw. Das hätte wohl vieles für sich, aber ich meine, wir kommen mit den Einfuhrscheinen lange Zeit aus, weil immer eine große Einfuhr von Schlachtrindern und auch von Getreide vorhanden ist. Kann Österreichs Landwirtschaft den Bedarf an Schlachtrindern und Getreide selbst decken, so müssen dann diese Scheine Verwendung zur Zahlung der oben genannten Zölle finden.

Eine ganz besondere Wichtigkeit hat für die Erzeuger der § 3. Da möchte ich gleich im Zusammenhange bemerken, daß ich hier im Einvernehmen mit den Parteien einen Abänderungsantrag stelle. Es soll hier statt „Die Bundesregierung wird ermächtigt“ heißen „Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt“. Es soll der Bundesminister für Finanzen ermächtigt werden, diese Einfuhrscheine auch für jene Ausfuhrsendungen zuzubilligen, die vor dem 1. Jänner getätigt worden sind, wenn sie vom Erzeuger oder einer Genossenschaft nach dem 1. Jänner ausgeführt worden sind. Diese Ermächtigung wurde mit ganz besonderem Recht in das Gesetz aufgenommen. Wir wollen gerade den Erzeuger und sonst niemand damit schützen, da unsere gesamten Milchgenossenschaften und Molkereien mit der Einführung der Einfuhrscheine mit 1. Jänner 1930 schon gerechnet haben und die Milch ihren Mitgliedern zum gleich hohen Preise bezahlt haben, wie die Butterpreise besser waren. Sie bezahlen vorwiegend nach dem Fettgehalt, und wenn die Ware bezahlt ist und die Butterpreise so gefallen sind, hätten die Molkereien zu große Verluste die wieder nur die Mitglieder der Molkerei treffen. Wir wollen mit dieser Rückwirkung unsere Erzeuger in der Landwirtschaft vor Schaden schützen, denn sie können nichts dafür, daß sie dieser Schädigung ausgeliefert seien.

Als Beispiel möchte ich hier anführen, daß die n. ö. Molkereien im Monat Jänner zirka vier Waggon Butter ausgeführt haben, zwei Waggon in die Schweiz und zwei nach Deutschland, und zwar zu einem Preise von 5 S 20 g pro Kilogramm. Jetzt wird der Preis inzwischen noch etwas mehr gesunken sein. Rechnen Sie sich, meine Herren, aus, wie hoch sich da der Liter Milch bei einem solchen Verkaufspreis von Butter molkereimäßiger Qualität stellen wird. Wir haben Schwierigkeiten im Absatz unserer Produkte, weil der Konsum in Österreich die Ware nicht aufnehmen kann. Die Produktion ist kolossal gestiegen. Der Außenhandel hat sich auch in dem Sinne bei uns gebessert, daß aus dem Ausland bedeutend weniger Molkereiprodukte

eingeführt wird. Ich verweise da auf meine diesbezüglichen Tabellen, die dem Berichte angeschlossen sind.

Ich möchte noch ein Wort darüber sprechen, wieso es möglich war, daß unsere Milchproduktion einen so großen Fortschritt aufzuweisen hat. Das ist vor allem auf die systematische Aufklärungsarbeit zurückzuführen, die im Interesse unseres Standes von unseren Hauptkorporationen, den berufsmäßigen Vertretungen geleistet worden ist, ferner auf die halbwegs annehmbaren Preise und auf der anderen Seite darauf, daß wir uns auf die Erzeugung von Qualitätsware geworfen haben. Ich darf hier einflchten, daß wir heute eine Milch von nahezu 4 Prozent Fettgehalt erzeugen. Im besonderen Maße hat aber die Einführung des Milchzolls und Butterzolls zu dem Fortschritt beigetragen; Sie können deutlich sehen, daß die Einfuhr von Milch aus dem Auslande systematisch gesunken ist. Wie aber jetzt die Verhältnisse liegen, möchte ich besonders darauf aufmerksam machen, daß wir bei diesen Verhältnissen nicht nur diesen Fortschritt und diese Steigerung gefährden, sondern daß sogar ein Rückgang von dieser hohen Stufe der Leiter, die wir auf dem Gebiete der Molkereiprodukte erklimmen haben, zu befürchten ist. Deutschland und die Schweiz haben ihre Zölle erhöht. Das ist auch eine Ursache, warum wir nicht ausführen können, ohne daß die Milchpreise fallen, obwohl wir bezüglich der Qualität leicht mit allen anderen Staaten konkurrieren könnten.

Hohes Haus! Ganz besonders möchte ich hier jenes großen Netz von landwirtschaftlichen Genossenschaften und Genossenschaftsmolkereien gedenken, die den größten Teil der Milch Österreichs erfassen und sie teils direkt dem Konsum zuführen, teils in Molkereiprodukte umarbeiten. Sehr bedauerlich ist es, daß es nicht möglich war, in diesem Gesetze auch das Einfuhrscheinsystem für Milch festzulegen, aber die Regierung hat ihre Gründe, warum sie ihre Zustimmung dazu nicht gegeben hat.

Was die Erfahrungen mit den Einfuhrscheinen bei Getreide und Rindern anbelangt, so möchte ich betonen, daß die Erfahrungen bei Rindern keine schlechten sind, namentlich bei Zucht- und Muttertieren. Bei den Getreideeinfuhrscheinen haben wohl auch wir uns von Haus aus keiner Täuschung hingegeben, obwohl mittlerweile auch Quantitäten ins Ausland exportiert worden sind. Wir rechnen aber damit, daß wir bei Beginn der neuen Ernte, wenn andere Länder etwas später daran sind, bei der Ausfuhr von Saatgetreide das Einfuhrscheinsystem für den Getreidebau stärker in Anspruch nehmen werden.

Ich möchte zum Schlusse meiner Ausführungen konstatieren, daß die Einfuhrscheine einen Wendepunkt in unserer milchwirtschaftlichen Produktion darstellen. Wir müssen in Niederösterreich heute täglich 130.000 Liter der Verarbeitung zuführen. Ich verspreche mir durch die Einführung dieser Einfuhrscheine, daß die Milchwirtschaft nicht zurückgeht, sondern weiter vorwärts

schreitet. Daher erlaube ich mir, namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag zu stellen, der hohe Nationalrat wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung geben.

Meine Herren, ich ersuche Sie nochmals darum. Wir vollbringen damit eine volkswirtschaftliche Tat und unterstützen durch die Einführung dieser Einfuhrscheine unsere gesamte Wirtschaft.

Dr. Straßner: Hohes Haus! Im Auftrage meiner Fraktion begrüße ich die vorliegende Novelle zu dem Gesetze vom 27. September des vorigen Jahres, mit dem das Einfuhrscheinsystem in Österreich eingeführt wurde, und wir haben auch gegen die Ausdehnung dieses Systems nichts einzuwenden.

Wir begrüßen die Novelle deshalb, weil man mit den bisherigen Methoden, die für das Einfuhrscheinsystem bisher in Betracht kamen, nicht die besten Erfahrungen gemacht hat. Bekanntlich konnte auf Grund der bis jetzt geltenden Bestimmungen nicht nur das eingeführt werden, wofür die Einfuhrscheine gegeben wurden, sondern Waren aller Art, und die Verwertung des Einfuhrscheinsystems ist zum Monopol der landwirtschaftlichen Genossenschaften geworden. Es hat sich gezeigt, daß mit den Einfuhrscheinen auch Gegenstände eingeführt wurden, deren Einfuhr eine Schädigung der heimischen Produktion und des heimischen Handels bedeutet. Wir haben uns bei der Stellungnahme zu den Einfuhrscheinsystemen im ganzen Hause ohne Unterschied der Partei dahin geeinigt, daß der Landwirtschaft geholfen werden müsse. Ich habe mir aber schon damals zu sagen erlaubt, daß selbstverständlich keine Schädigung anderer Produktionszweige oder des Handels erfolgen dürfe. Was hat nun das bisherige System gezeitigt? Daß landwirtschaftliche Genossenschaften unter anderem Radioapparate einfuhrten, die wir in Österreich ohne weiteres auch bekommen könnten. Ich könnte auch noch einige andere Beispiele anführen, die meine Stellungnahme begründen.

Die uns heute beschäftigende Vorlage trifft nun eine Änderung, sie besagt, daß nur noch Waren derselben Gattung, die ausgeführt werden, auf Grund der Einfuhrscheine eingeführt werden können. Dadurch ist eine gewisse Sicherung für die österreichische Produktion gegeben. Für den österreichischen Handel kann ich das selbe allerdings nicht sagen, denn der österreichische Handel wird nach wie vor zwar keine große Einbuße, aber immerhin eine Einbuße erleiden. Die übrige Produktion ist aber nunmehr in ihrer Situation wesentlich besser gestellt.

Uns Großdeutsche freut namentlich die Bestimmung des § 2, Absatz 2, wo es nämlich heißt, daß die beim Export von Getreide aufgestellten Einfuhrscheine auch von den Exporteuren selbst verwendet werden können, daß sie nicht über die Clearingstelle der Genossenschaften gehen müssen. Ich würde es begrüßen, wenn eine ähnliche Bestimmung auch für die Molkereiprodukte

bestünde. Denn nicht allein Genossenschaften führen heute Molkereiprodukte aus, sondern wir haben auch bedeutende Privatunternehmungen, die sich ein halbes Jahrhundert oder noch länger mit dem Handel von Molkereiprodukten beschäftigen. Wenn wir im Laufe der Zeit auf Grund der jetzigen Bestimmungen dieselbe Erfahrung machen sollten wie mit den Bestimmungen des früheren Gesetzes, so müßten wir uns eben entschließen, auch hier eine Änderung eintreten zu lassen und nicht allein den Getreideproduzenten und -exporteuren das Recht zu geben, die Einfuhrscheine zu verwerten, sondern wir müßten dieses Recht auch den Händlern für Molkereiprodukte zugestehen.

Nun, hohes Haus, darf ich bei dieser Gelegenheit sagen, daß in Österreich nicht allein die landwirtschaftliche Produktion schwer leidet, daß wir aber trotz der Leiden der übrigen Produktionszweige entschlossen sind, diesen wenigstens von der Landwirtschaft erhofften Erleichterungen unsere Zustimmung zu geben. Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit an einzelne Industriezweige erinnern, so unter anderen an die Zementindustrie. Die Zementindustrie hat ihre Kapazität höchstens bis zu 50 Prozent ausgenutzt und würde infolgedessen auch einer Hilfe bedürfen. Oder die Papierindustrie: Von der Papierindustrie ist zu sagen, daß zwei große Papierfabriken zur Gänze stillstehen und daß sie voraussichtlich in der nächsten Zeit kaum mehr ihre Tätigkeit aufnehmen werden. Die übrigen Papierfabriken arbeiten mit einer Kapazität von 75 bis 80 Prozent. Oder ein anderes Beispiel: In der Lederindustrie können wir feststellen, daß ungefähr 50 Prozent aller Fabriken stillgelegt sind; der Rest arbeitet mit einer Kapazität von 50 Prozent, so daß es in der Lederindustrie allein rund 1200 Arbeitslose gibt. Ähnlich stehen die Verhältnisse in der Schuhindustrie. Eine große Zahl von derartigen Betrieben ist zum Stillstand gekommen. Der Stand der Arbeitslosen beträgt bei einem Stand der Arbeitenden von 3000 1800 Männer und 700 Frauen — wohl eine lebhafteste Illustration für den schlechten Geschäftsgang gerade in diesem Produktionszweig.

Ähnlich liegt es bei der Textilindustrie. Auch in der Textilindustrie sind verschiedene Betriebe in der jüngsten Zeit eingestellt worden, und jene Betriebe, die arbeiten, nutzen ihre Kapazität längst nicht vollständig aus. Bei der Baumwollspinnerei sind 30 Prozent der Fabriken stillgelegt, die übrigen, die ja heute noch die Arbeit aufrechterhalten, arbeiten mit einer Kapazität von 60 bis 70 Prozent. In der Baumwollweberei sind 20 Prozent der Betriebe stillgelegt, der Rest arbeitet mit einer Kapazität von 70 Prozent. Bei der Rammgarnspinnerei, bei der Zutepperei, bei der Flachspinnerei und bei allen übrigen Zweigen der Textilindustrie stehen die Verhältnisse ähnlich, also eine Hilfe für diese Produktionszweige ist dringendst geboten.

Man könnte auf seiten der Industrie und vielleicht auch auf seiten des Gewerbes auf dem Standpunkt stehen, das Einfuhrscheinsystem auf diese Produktionszweige auszudehnen. Ich glaube aber, damit ist nicht allzuviel gedient. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Einfuhrscheinsystem bei der Landwirtschaft sind ja keine besonders verlockenden, und wir wünschen, daß die nunmehrige Erweiterung der Landwirtschaft mehr Segen bringe als das alte System.

Wenn wir trotz dieser traurigen Lage unserer Produktion heute für die Gesetzesvorlage stimmen, so geschieht es, weil wir anerkennen, daß die Landwirtschaft sich in großer Not befindet. Wir möchten aber die Agrarier in diesem hohen Hause ersuchen, wenn uns in der allernächsten Zeit Hilfsmaßnahmen für die gewerbliche und für die industrielle Produktion beschäftigen werden, daß die Agrarier diese Forderungen genau so unterstützen, wie heute die Vertreter von Gewerbe und Handel und Industrie die landwirtschaftlichen Forderungen unterstützen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Schlegl: Hohes Haus! Dem in Verhandlung stehenden Gesetzentwurf steht die sozialdemokratische Partei nicht ablehnend gegenüber, obwohl wir schon im Finanz- und Budgetausschuß unseren Bedenken Ausdruck gegeben haben, daß mit der Einführung der Einfuhrscheine die Gefahr verbunden ist, daß das Ausland darauf mit Zollerhöhungen reagieren könnte, wodurch natürlich unsere ganze wirtschaftliche Situation wieder sehr erschwert würde.

Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, um namens meiner Partei zu sprechen, so geschieht es in erster Linie darum, weil in dem Gesetzentwurf in den § 3 eine Bestimmung aufgenommen wurde, die das Gesetz rückwirkend auf den 1. Jänner 1930 gestaltet. Wir haben bereits im Finanz- und Budgetausschuß dagegen Stellung genommen, daß eine Rückwirkung eintritt, weil ja die Ausfuhren bisher unter ganz anderen Verhältnissen getätigt wurden und eine Rückwirkung zur Folge hätte, daß diejenigen, die die Ausfuhr durchgeführt haben, in erster Linie die Händler, eine Rückvergütung aus den Staatsfinanzen bekämen, auf die sie gar keinen Anspruch haben. Diese Vorlage soll ja dazu dienen, eine Verbesserung der Verhältnisse der Produzenten herbeizuführen; wenn aber eine Rückvergütung eintritt, so bekommen sie die Händler und nicht die Produzenten, und es hat infolgedessen gar keinen Sinn, hier eine solche Rückvergütung eintreten zu lassen. Auf Grund unserer Ausführungen im Finanz- und Budgetausschuß hat dann der Herr Berichterstatter den Antrag dahin abgeändert, daß diese Rückvergütung nur für den Erzeuger und für die Genossenschaften eintreten soll, die ausgeführt haben. Aber auch in dieser Form sind wir der Ansicht, daß eine Rückwirkung nicht eintreten soll. Es ist überhaupt von vornherein odios, daß Steuer- oder Zollsätze, die bereits entrichtet sind, wobei die Abwicklung der einzelnen

Geschäfte auf Grund der früheren gesetzlichen Bestimmungen erfolgt ist, dann rückwirkend abgeändert werden sollen. Ich will nur darauf hinweisen, daß ja seinerzeit auch der Versuch unternommen wurde, die Totalsteuereinkünfte rückwirkend zu ermäßigen, was ein Geschenk an die Rennvereine gewesen wäre, und es uns gelungen ist, das Gewissen des hohen Hauses so zu wecken, daß selbst die Regierung eingesehen hat, daß das unmöglich sei, und der Herr Finanzminister erklärt hat, daß er freiwillig diesen Antrag zurückziehe, um diese Differenz aus der Welt zu schaffen. Ich meine daher, daß es auch in diesem Falle richtig und notwendig wäre, daß eine diesbezügliche Erklärung abgegeben würde oder daß das hohe Haus selbst in Erkenntnis der Fälle, die hier vorliegen, zu einer entsprechenden Entschliebung käme, die den § 3 in dem vorliegenden Entwurf eliminiert.

Wir werden für die Vorlage stimmen, werden aber getrennte Abstimmung verlangen und unter jeder Bedingung gegen die Rückwirkung, gegen den § 3, stimmen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Mayrhofer: Hohes Haus! Zu den wenigen Lichtpunkten, die die österreichische Volkswirtschaft vertrauensvoller und hoffnungsvoller in die Zukunft blicken lassen, gehört der von allen Seiten anerkannte Aufschwung in der Produktion der österreichischen Landwirtschaft. Es ist gelegentlich der Budgetdebatte darauf hingewiesen worden, daß die österreichische Landwirtschaft ihrer großen Aufgabe, in erster Linie das österreichische Volk zu ernähren, durch Produktionssteigerungen in weitgehendem Maße bereits nachgekommen ist. Gerade auf dem Gebiete der Milchwirtschaft kann sich die österreichische Landwirtschaft eines vollen Erfolges rühmen. Wir erinnern uns noch mit Gefühlen der Trauer an jene Zeit im Jahre 1920 und vorher und kurz nachher, in der man in Wien mit einer solchen Milchnot zu kämpfen hatte, daß man nicht einmal den armen kleinen Kindern und den Kranken die genügende Ration Milch verabreichen konnte. Damals waren die Ställe in den Bauernhöfen noch ausgeplündert und leer aus der Zeit des Krieges, aus der Zeit der Viehrequisitionen, damals waren die Felder und Wiesen der Bauern noch schwach im Ertrage, weil sie durch Jahre hindurch der gründlichen Bearbeitung und entsprechenden Düngung hatten entbehren müssen. Das war die Zeit der großen Not, die sich auf dem Gebiete der Milchversorgung der Großstadt Wien besonders übel ausgewirkt hat. Im Jahre 1920 kamen ja nur 28 Millionen Liter Milch auf den Wiener Markt. Damals hieß es schon ordentlich zum Zeug schauen, um dieses gewaltige Manko wettzumachen, und es ist der österreichischen Landwirtschaft vollkommen gelungen, die Versorgung des Inlandes mit Milch und Molkereiprodukten sicherzustellen. *(Beifall.)*

Vor allem anderen wurde die Erzeugung in beträchtlicher Weise dadurch gehoben, daß man den Milch-

viehstand vergrößert hat. Die Ziffern, die ich da nennen kann, werden nicht besonders auffallen und überraschen, denn es ist nur eine Steigerung des Standes an Milchkühen in Österreich von 900.000 auf 1.200.000 Stück eingetreten. Die Ziffer springt nicht besonders in die Augen. Von größerer Wichtigkeit ist aber der Umstand, daß dieses Vieh in seiner Qualität so weitgehend verbessert und in seiner Leistungsfähigkeit so stark gehoben wurde. Die Hebung der Leistungsfähigkeit unseres Milchviehs war vor allem durch eine bessere Fütterung anzustreben und ist hauptsächlich auf diesem Wege auch erreicht worden. Man hat den Graslandkulturen größeres Augenmerk geschenkt, es sind viele Felder, die man früher in einer unglückseligen Bracklandwirtschaft hat veröden lassen, dem Futterbau zugeführt worden, es sind die vorhandenen Wiesen und Weiden durch Intensivierung und Verstärkung der Düngung sowie Bearbeitung mit modernen Wiesengeräten — was in gewissen Gegenden vor dem Kriege noch kaum bekannt war — zu Erträgen gebracht worden, die eine weit bessere Fütterung des Milchviehs ermöglichten, so daß von diesen besser gehaltenen Tieren auch größere Milchleistungen erwartet werden konnten und auch eingetreten sind. Die Landwirtschaft hat sich auch bemüht, die Produktion durch bessere Haltungsmöglichkeiten zu steigern, durch verbesserte Stallbauten, durch Abhaltung von Melkerkursen, Errichtung von Melkerschulen, durch Melkkontrollvereine, die einen rühmlichen Wettstreit von Bauernhof zu Bauernhof ins Leben gerufen haben. Man hat eine Leistungszucht aufgebaut, die jetzt schon weit über die Errungenschaften der Vorkriegszeit hinausgeschritten ist.

Der Erfolg all dieser Maßnahmen bezüglich der Milchversorgung war, daß man, wieder zum Beispiel für Wien erörtert, während man 1920 im ganzen Jahre nur 28 Millionen Liter Milch nach Wien brachte, pro Tag also 77.000 Liter, im Jahre 1929 fast 300 Millionen Liter nach Wien bringen konnte, was einer Tagesanlieferung von mehr als 800.000 Liter entspricht. Man kann also sagen, daß die Milchlieferung nach Wien in dieser Zeit verzehnfacht worden ist. Gewiß muß gesagt werden, daß, bevor die österreichische Landwirtschaft selbst so hochgekommen ist, den Wiener Milchmarkt voll zu versorgen, Milch aus dem Auslande herangezogen worden ist. Da in der Vorkriegszeit besonders die südmährischen und westungarischen Gebiete den Wiener Milchmarkt mitgeliefert haben, kamen diese Gegenden vor allem für die Belieferung des Wiener Marktes in Betracht, und diese Gegenden, die schon vor dem Krieg auf Milchproduktion eingerichtet waren, haben sich natürlich auch nach dem Kriege wieder rasch zurechtgefunden und den Abgang an dem Wiener Milchbedarf in hohem Maße zu beheben getrachtet. Im Jahre 1924 ist zirkä ein Fünftel der in Wien konsumierten Milch aus dem Auslande gekommen, und es bildet mit einem Stolz der österreichischen Landwirtschaft, daß es in den darauffolgenden

Jahren gelungen ist, auch dieses 20prozentige Milchquantum aus der österreichischen Milchwirtschaft herauszuschöpfen; denn die Zulieferung an Milch aus dem Auslande ist im Jahre 1929 unter 1 Prozent gesunken, ja man kann sagen, daß sie Null geworden ist.

Neben diesen Leistungen bezüglich der Mengen hat sich die Landwirtschaft auch befleißigt, besonders bei den Milchprodukten, also bei Butter und Käse, Qualitätsverbesserungen zu erzielen. Sie hat hier den ihr oft gepredigten Weg der Industrialisierung der Landwirtschaft mit gutem Erfolg beschritten. Vielleicht ist ja gerade das Gebiet der Milchwirtschaft mit der Einheitlichkeit der Ware und der leichten Feststellbarkeit der Qualitätsunterschiede durch die Fettprozentbestimmung am ehesten zu einem Industrialisierungsprozeß geeignet. Man hat durch die Einrichtung von Milchgenossenschaften und Molkereien vor allem die Sicherung der Qualität erreicht, so daß nicht mehr so viel Milch wie in früheren Zeiten in minder gutem Zustande, in säurestichigem Zustande, auf den Markt gekommen ist und dann dem Verderben ausgesetzt war. Man hat durch Pasteurisierung schon in der Nähe der Erzeugungstätte zustande gebracht, daß die Milch in gutem und haltbarem Zustande auf den Markt kam, und auf diese Weise die Qualität der Milch gesichert. Molkereien sind geradezu wie Pilze aus dem Boden gewachsen. Während es im Jahre 1920 im ganzen österreichischen Bundesgebiet 200 Molkereien gab, konnten wir deren im Jahre 1929 über 500 zählen. An Milchgenossenschaften hatten wir 1920 kaum 500, 1929 über 800. Die Milchgenossenschaften finden sich hauptsächlich in der Nähe der großen Milchkonsumorte, also vor allem in der Nähe von Wien, wo sie schon vor dem Kriege zahlreich waren, während die Molkereien mehr abseits der großen Städte gelegen sind. Es haben eben bei geringeren Entfernungen die Milchgenossenschaften die Aufgabe, die Milch nur gut zu kühlen und zu reinigen und in gekühltem und gereinigtem Zustand auf den Markt zu bringen, während auf weitere Entfernungen die Pasteurisierung durch die Molkereien eine unvermeidliche Notwendigkeit für die Milchlieferanten geworden ist.

Dieser Aufschwung der Milchwirtschaft, die Industrialisierung der Landwirtschaft durch Errichtung von Molkereien und Milchgenossenschaften ist zum hohen Grade darauf zurückzuführen, daß es der Regierung Kamek im Jahre 1926 gelang, einen immerhin ansehnlichen Teil des Völkerbundkredites für die Einrichtung von Molkereien zur Verfügung zu stellen. Es war ja dieser Kredit von 6 Millionen Schilling ganz gewiß kein ausreichender, aber er war eine ansehnliche Hilfe. Daß er nicht ausreichend war, erhardete ich an dem Beispiel von Niederösterreich, wo wir aus dem Völkerbundkredit 2 Millionen Schilling verwenden konnten, während über 5 Millionen Schilling aus den Beständen der Genossenschaftszentralkasse an die land-

wirtschaftlichen Genossenschaften zur Errichtung von Molkereien hinausgegangen sind.

Die Verarbeitung der Milch durch die Molkereien hat es auch ermöglicht, daß eine einheitliche Qualitätsware erzeugt werden konnte. Es wurden Butter-schauen eingerichtet, eine ständige Butterkontrolle von den größeren Absatzorganisationen eingerichtet. So hat man den Schäringer Verband, den Verband der n. ö. Molkereigenossenschaften eingerichtet, und wir können heute mit Stolz darauf verweisen, daß dänische Butterhändler jetzt nach Österreich kommen, um in Österreich Butter einzukaufen. Es ist das im Jänner dieses Jahres geschehen und ist ein Beweis für die hohe Qualität der österreichischen Molkereibutter. Wir erinnern uns, daß es noch wenige Jahre her ist, daß gerade umgekehrt Butter aus Dänemark eingeführt werden mußte. Wir hoffen, daß sich durch dieses Erscheinen der Dänen auf dem österreichischen Buttermarkt für uns neue Absatzwege eröffnen, die wir künftighin freilich selbst werden ausbauen müssen.

Erfreulich ist auch, wenn wir die Auswirkungen dieses Aufschwunges der österreichischen Milchproduktion und der österreichischen Butter- und Käseerzeugung auf unsere Handelsbilanz in Betracht ziehen. Während im Jahre 1924 Butter und Käse für 26 Millionen Schilling eingeführt und nur für 700.000 S ausgeführt wurde, also ein Manko von 25,300.000 S bestand, haben wir im Jahre 1928 schon die Einfuhr von 26 Millionen Schilling auf 10,500.000 S herabdrücken und die Ausfuhr von 700.000 auf 5,900.000 S heben können, so zwar, daß wir auf diesem Gebiete für das Jahr 1928 nur mehr ein Defizit von 4,600.000 S haben. Für das Jahr 1929 stehen mir die genauen Schlußdaten noch nicht zur Verfügung, aber die Ergebnisse der ersten drei Vierteljahre, wo wir eine Einfuhr von 7,400.000 S und eine Ausfuhr von 5,400.000 S, also nur mehr ein Manko von 2 Millionen Schilling, haben, lassen ein gutes Endergebnis für das Jahr 1929 erwarten. Ich glaube, wir können sagen, das Jahr 1929 wird schon das Handelspassivum auf dem Gebiete der Milch und Molkereiprodukte auf ein verschwindendes Minimum herabdrücken können. Denn gerade im letzten Vierteljahr, das ich nicht in meine Rechnung einbezogen habe, hat die Ausfuhr von Butter nach dem Ausland einen größeren Umfang angenommen. Wir können sogar mit Sicherheit erwarten, daß das Jahr 1930 uns auf diesem Gebiete ein Aktivum in der Handelsbilanz bescheren wird.

Ich habe diesen Aufschwung der österreichischen Milchwirtschaft und des österreichischen Molkereiwesens darum geschildert, um dem hohen Hause zu zeigen, daß eine so hoffnungsvolle Entwicklung auch wirklich den Schutz verdient, der ihr durch den vorliegenden Gesetzesentwurf gebracht werden soll.

Die agrarischen Vertreter in diesem hohen Hause hat besonders die Erhöhung des reichsdeutschen Butterzolls am 1. Jänner von 23 auf 50 Goldmark dazu

veranlaßt, Schutzmaßnahmen zu verlangen, und da auf handelspolitischem Gebiete keine momentan wirkenden Auswege zu finden sind, ist man auf den auch bei Getreide und Vieh bereits begangenen Ausweg der Einfuhrscheine verfallen. Es wurde beantragt, daß wir die Rückwirkung auf den 1. Jänner begehren. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß der Wunsch nach diesen Einfuhrscheinen bei uns schon im Dezember bestand und daß es nur infolge Arbeitsüberhäufung dieses hohen Hauses nicht möglich war, schon im Dezember einen entsprechenden Schutz zu beschließen. Die ersten Jännerwochen haben die Regierung infolge der Haager Verhandlungen verhindert, im Hause zu sein, und so sind wir mit unserer Forderung bis an das Ende des Monats Jänner gekommen. Ich möchte aber doch bitten, die Rückwirkung auf den 1. Jänner zu beschließen. Man braucht nicht besorgen, daß die dadurch zur Ausschüttung gelangenden Gelder in unberufene Hände kommen, denn das, was da im Laufe des Monats Jänner exportiert wurde, ist zum weitaus überwiegenden Teil im Wege der Genossenschaften und der Verbände der Genossenschaften exportiert worden. Es kommt also im Wege der Genossenschaften doch wieder den Urproduzenten, den Genossenschaftsmitgliedern, zugute, wenn nachträglich eine Nachzahlung für die bereits ins Ausland gegangene Ware ermöglicht wird.

Es wird bei diesem Aufschwung der Milchwirtschaft und der fortschreitenden Verbesserung in der Erzeugung von Qualitätsware auf dem Gebiete des Molkereiwesens notwendig sein, daß wir uns im Laufe der nächsten Monate mit dem Anwachsen der Produktion auch nach und nach selbst eine Absatzorganisation im Auslande schaffen. In erster Linie wird da unser Weg nach Deutschland hinausführen. Dort hoffen wir, daß wir für unsere Produktion einen entsprechenden Absatz finden werden. Das Eindringen in die dortigen Handelskreise wird einige Mühe kosten, und ich möchte schon jetzt an die Regierung die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß sich die österreichischen Auslandsvertretungen an die Seite der österreichischen Molkereiverbände stellen, um ihnen bei der Einrichtung einer solchen Absatzorganisation behilflich zu sein. Wir müssen auch dafür sorgen, wenn wir diesen Markt einmal nach und nach erobern, daß wir ihn auch ständig beliefern können. Denn es wird nicht leicht sein, diesen Markt zu erobern, und würden wir ihn einmal verlieren, dann wäre eine Wiedereroberung um so schwerer. Ich denke da besonders daran, daß es ja nicht dahin kommen möge, daß durch das Auftreten von Seuchen im österreichischen Milchviehbestand eventuell eine Herabminderung der Produktion eintritt und daß wir infolgedessen dann unseren Auslandsvertrieb einschränken müssen. Da richte ich an den Herrn Minister für Landwirtschaft den Appell, dafür zu sorgen, daß die veterinärpolizeilichen Maßnahmen mit aller Rigorosität gehandhabt werden, damit nicht durch den Kontumazmarkt

Seuchen in den österreichischen Rinderbestand getragen werden, die wahrhaft verheerend wirken könnten.

Ich habe erwähnt, daß wir in der sicheren Erwartung leben, daß das Handelspassivum bei Milch- und Molkereiprodukten im Jahre 1930 völlig verschwunden sein wird. Ja noch mehr. Wenn schon nicht im Jahre 1930, so dürfen wir hoffen, daß wir ohne Anwendung ganz besonderer Investitionen in den nächsten Jahren unsere Produktion an Milch vielleicht um 20 Prozent werden zu steigern vermögen. Wenn wir nun die Rechnung darauf machen und sagen, die österreichische Milchwirtschaft erzeugt derzeit im Jahre rund 2 Milliarden Liter Milch, so wäre bei einer 20prozentigen Steigerung eine Mehrmenge von 400 Millionen Liter vorhanden, die zu verarbeiten wären. Das ergäbe, in Butter gerechnet, 16 Millionen Kilogramm Butter. Und wenn ich nur den jetzigen, leider sehr bescheidenen Preis von 5 S pro Kilogramm rechne, so würde das einen Erlös für diese mehrexportierte Ware von 80 Millionen Schilling erbringen, was im Vergleich zu unserem gesamten Handelspassivum eine Herabminderung dieses Passivums um rund 8 Prozent bedeuten würde, also der österreichischen Volkswirtschaft gewiß sehr wohl täte.

Ich richte darum an das hohe Haus die Bitte, dem vorliegenden Gesetzentwurf die Zustimmung zu geben im Interesse der österreichischen Milchwirtschaft, im Interesse der österreichischen Bauernschaft, die jetzt unter der Getreidekrise, unter der Krise im Weinbau usw. so schwer zu leiden hat, und im Interesse der gesamten österreichischen Volkswirtschaft. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Hartleb: Hohes Haus! Ich habe namens meiner Fraktion nur eine kurze Erklärung abzugeben. Wir sehen in dem Einfuhrscheinsystem, mit dem sich das hohe Haus heute zum zweitenmal beschäftigt, eine gut gemeinte Notmaßregel, die unserer Ansicht nach nur ins solange zur Anwendung zu kommen hat, als es nicht gelingt, in einer viel gründlicheren und besseren Weise die Frage der Absatzermöglichung für die landwirtschaftlichen Produkte zu regeln. (*So ist es!*)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber darauf hinweisen, daß durch den Umstand, daß in unserem Zolltarif ein paar Molkereiprodukte nicht unter den Molkereiprodukten angeführt sind, sondern unter „Eiswaren“ — diese zwei Produkte von der Einfuhrscheinebegünstigung ausgeschlossen erscheinen. Es sind das die Kondensmilch und die Trockenmilch, die man doch jedenfalls, wenn man sich in der Sache auskennt, als Molkereiprodukte ansprechen muß. Wir sind daher der Ansicht, daß es notwendig sein wird, bei der nächsten Novellierung des Zolltarifs diese zwei Zollpositionen dorthin zu geben, wo sie hingehören, nämlich unter Molkereiprodukte, damit auch für die Ausfuhr von Kondens- und Trockenmilch die Einfuhrscheinebegünstigung in Anspruch genommen werden kann.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß gerade bei der Trockenmilch die Notwendigkeit, die Ausfuhr zu begünstigen, besteht. Wir haben in den letzten Jahren eine bedeutend größere Erzeugung von Trockenmilch in Österreich gehabt, als wir sie heute haben. Heute werden von den Wiener Molkereien zirka 16.000 Liter Magermilch zu Trockenmilch verarbeitet und fast zur Gänze nach Ungarn exportiert. Der Export ist auch früher nach Ungarn gegangen. Wir sind aber dort einer scharfen Konkurrenz der Holländer in die Arme gelaufen, und es ist sehr fraglich, ob, wenn nicht eine Begünstigung eintritt, die österreichische Trockenmilcherzeugung nicht der holländischen in Ungarn das Feld räumen muß. Die Verwertung der Magermilch liegt aber im beiderseitigen Interesse der Produzenten wie der Konsumenten, weil sowohl die Höhe des Preises, den der Produzent für die Milch bekommt, als auch die Höhe des Preises, den der Konsument zahlen muß, davon abhängt, wie man die Zwischenprodukte verwerten kann. Bekanntlich ist eine der heikelsten Fragen bei den Molkereien die Verwertung der Magermilch. Man hat alle Anstrengungen gemacht, um in Form von Trockenmilch eine Verwertung der Magermilch herbeizuführen. Wir bedauern es deshalb, daß bei der diesmaligen Novellierung des Gesetzes die Möglichkeit nicht besteht, die Trockenmilch in das Einfuhrschemen einzubeziehen und auf diese Weise den Molkereien die Möglichkeit zu geben, die Erzeugung von Trockenmilch so zu betreiben wie bisher. Wir richten deshalb an die Regierung den Appell, diesen Bestrebungen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Denn die Meinung, daß es sich bei Kondensmilch und Trockenmilch um Industrieprodukte handelt, kann nicht ernstlich aufgestellt und aufrechterhalten werden. Es sind nun einmal Molkereiprodukte, und kein Mensch kann behaupten, daß es Industrieprodukte sind. Wenn sie im Zolltarif falsch eingereiht worden sind, so bleiben sie doch Molkereiprodukte. Ich möchte deshalb meinen Appell nicht nur an die Regierung, sondern auch an das hohe Haus wiederholen, bei der nächsten Gelegenheit diese zwei Zollpositionen in die Begünstigung mit einzubeziehen. *(Beifall.)*

Berichterstatter **Buchinger**: Hohes Haus! Von mehreren Seiten wurde der Wunsch rage, ob es nicht möglich wäre, die Einfuhrscheine bei Pferden und Rindern so einzuschränken, daß nur für in Österreich gezüchtete Pferde oder Rinder bei der Ausfuhr Einfuhrscheine ausgestellt werden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß in Österreich bei der Einfuhr das Zollbormerkssystem besteht, so daß eine Auslandsware in Österreich eingeführt werden kann mit dem Bormerk, daß sie in einer bestimmten Frist, wenn sie in Österreich nicht abgesetzt wird, wieder ins Ausland ausgeführt werden kann, ohne das ein Zoll bezahlt wird. Werden daher Rinder oder Pferde vom Ausland eingeführt und verzollt, dieselben jedoch mit Einfuhr-

schein ausgeführt, so ist dies einer Zollbormerkung im Effekt gleichzuhalten. Sollte sich mit der Zeit tatsächlich Schädlichkeiten mit den Einfuhrscheinen in der Richtung zeigen, daß zu viel ausländische Ware verzollt eingeführt und mit Einfuhrscheinen ausgeführt werden, dann müßten wir ernstlich darauf dringen, daß dieses Gesetz, betr. die Einfuhrscheine bei Pferden und Rindern, einer Novellierung unterzogen werde. Im übrigen möchte ich das hohe Haus bitten, diesen Gesetzentwurf zum Beschlusse zu erheben.

Damit ist die Aussprache beendet, und es wird zur Abstimmung geschritten.

§ 1 und § 2 werden in gemeinsamer Abstimmung nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

§ 3 wird mit der vom Berichterstatter vorgeschlagenen Abänderung angenommen.

§ 4 sowie Titel und Eingang des Gesetzes wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Hierauf wird das Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Es wird nun die am Beginn der Sitzung verlesene dringliche Anfrage in Verhandlung gezogen.

Dr. Bauer: Hohes Haus! Seit geraumer Zeit steht die ganze Öffentlichkeit unter dem Eindruck des erschreckenden Wachstums der Arbeitslosigkeit. Wir haben derzeit in Österreich ungefähr 300.000 Arbeitslose, mehr als wir jemals, auch in den schlimmsten Zeiten, gehabt haben. Von den Arbeitern und Angestellten, die von der Arbeitslosenversicherung erfaßt werden, sind in Wien mehr als 15 Prozent, in den anderen Bundesländern zusammen mehr als 21 Prozent arbeitslos. Es gibt große Gebiete in Österreich, wo die Arbeitslosigkeit einen noch erschreckenderen Umfang angenommen hat. In dem großen Wiener Neustädter Industriegebiet in Niederösterreich sind nicht weniger als 27 Prozent der gesamten Arbeiter und Angestellten von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Hohes Haus! Es ist sehr leicht, solche Zahlen anzuführen; es ist menschenunmöglich, sich vorzustellen, wieviel menschliches Elend und menschliches Leid sich in diesen Zahlen birgt, unmöglich, sich auszumalen, welche Gefahren für die Gesundheit und für die Arbeitskraft hunderttausender Erwachsener, für die Gesundheit und für die Zukunft von hunderttausenden Kindern in diesen Zahlen stecken, unmöglich, sich zu vergegenwärtigen, wieviel zerstörtes Menschenglück und wieviel moralische Gefährdungen und Zerrüttungen in diesen Zahlen geborgen sind.

Dem hohen Haus sind im Herbst als Inhalt seiner Arbeit Fragen aufgezwungen worden, die der Gegenstand des erbittertsten Kampfes waren und die doch weit abgelegen sind von dieser wirklichen Sorge des deutschösterreichischen Volkes, von dieser wirklichen Sorge unserer Republik. Es ist höchste Zeit, daß diese anderen Fragen verschwinden und wir uns auf die eine Frage konzentrieren, wie wir die Flut der Arbeits-

losigkeit eindämmen können. Ich staune über den Mut, den diejenigen aufbringen, die eine Zeit so außerordentlichen Massenelends zu nichts anderem auszunutzen wissen als zu einer Agitation für eine Verschlechterung und Einengung der Arbeitslosenversicherung. Das kann heute nicht die Frage sein, an der Arbeitslosenversicherung zu sparen und da oder dort noch einen Arbeitslosen dem Hunger ohne Unterstützung auszuliefern, sondern die Frage kann nur die sein, Maßregeln zu finden und mit der höchstmöglichen Beschleunigung durchzuführen, die geeignet sind, wenigstens einem Teile dieser ungeheuren Massen von Arbeitslosen Beschäftigung zu schaffen.

Es liegt nahe, daß man, wenn man über diese Frage spricht, zunächst über die Ursachen der Arbeitslosigkeit reden soll. Aber das ist in Österreich schwerer als in irgendeinem anderen Kulturland. Man hat nach dem Kriege in allen großen Industriestaaten besondere Erhebungen über die Änderung der Produktions- und der Absatzbedingungen der Industrie, des Gewerbes und des Handels vorgenommen, um die Grundlagen für eine moderne Wirtschaftspolitik zu finden. Ich brauche bloß an die überaus lehrreiche Arbeit zu erinnern, die vor wenigen Monaten die amerikanische Erhebungscommission, an deren Spitze Herbert Hoover, der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten, gestanden ist, veröffentlicht hat, oder an die sechs sehr aufschlußreichen Bände des englischen Balfour-Komitees oder an die tiefstürfende Arbeit, die der Enqueteausschuß im Deutschen Reiche leistet. Bei uns wären solche Erhebungen unergleichlich dringender gewesen als in diesen anderen Staaten, und zwar deswegen, weil der Krieg bei uns die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz des Landes durch den Zerfall des alten Wirtschaftsgebietes, dem wir angehörten, viel tiefer umgewälzt hat. Gerade bei uns hat man aber nichts dergleichen getan, hat man dafür kein Interesse und dazu keine Zeit gehabt, wir ziehen Erhebungen über das Prinzip des Ständestaates vor. Mehr noch, meine Herren, man hat in anderen Ländern als Grundlage der Prüfung solcher Fragen vor allem die normale, die fortlaufende Statistik, wie sie jeder Kulturstaat pflegt. Bei uns hat man auch das vollkommen verfallen lassen; man hat nicht einmal die Erhebungen der Berufsdaten bei der letzten Volkszählung bearbeitet und veröffentlicht. Wir haben keine Betriebszählung, das ungeheure Material, das den Ämtern aus der Statistik der Warenumsatzsteuer, aus der Statistik der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung steht, wird nicht bearbeitet und nicht veröffentlicht. Wir haben einen Zustand der Statistik, wie ihn kein Kulturland hat. Niemand, der sich mit Statistik beschäftigt, wird bestreiten können, daß wir heute eine lückenhaftere, unzulänglichere, kläglichere Statistik haben als irgendein europäischer Staat, wenn man nicht etwa Staaten vom Range Abaniens mit zum Vergleich heranziehen will. Das ist eine ganz ungeheure

Er schwerung jeder ernsthaften Behandlung solcher wirtschaftspolitischen Fragen, und wenn die wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich auf einem so kläglich tiefen Niveau geführt zu werden pflegt, wie das leider der Fall ist, so ist das nicht zum geringsten Teil auf dieses Fehlen der normalen statistischen Tatsachenerhebung zurückzuführen, was allerdings den Vorteil hat, daß dann jede Erörterung des öffentlichen und allgemeinen Unglücks der Arbeitslosigkeit vom privaten Interessenten benutzt werden kann, um ihr egoistisches Privatinteresse im Namen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für ein öffentliches Interesse auszugeben und durchzusetzen.

Meine Herren, man spricht jetzt in der ganzen Welt von der Rationalisierung, und deutsche Gelehrte haben die Rationalisierung definiert als den Versuch, das wirtschaftliche Handeln nach bloß individueller Erfahrung, nach bloß herkömmlichen Faustregeln, nach bloßer Intuition zu ersetzen durch ein wirtschaftliches Handeln nach planmäßig gesammeltem und geordnetem, wissenschaftlich erworbenem Wissen. Wenn man diese Definition der Rationalisierung gelten lassen will, dann tut uns in Österreich wirklich eine Rationalisierung unserer Wirtschaftspolitik dringend not, aber dann müssen Sie die Grundlagen für ein wirtschaftspolitisches Handeln nach planmäßig und systemmäßig geordnetem Wissen erst schaffen, indem Sie die Tatsachenerhebung durch Enqueten, aber vor allem durch die fortlaufende Statistik überhaupt erst organisieren. Bei uns fehlen noch alle Voraussetzungen dazu.

Trotzdem aber, obwohl das ein ganz empfindlicher Mangel ist, wenn man ernsthaft über die Ursachen der Arbeitslosigkeit sprechen will, sind die Grundtatsachen doch so bekannt und so augenfällig, daß man einiges darüber doch sagen kann. Die Regierung hat vor kurzem ein Kommuniqué über eine Ministerrats-sitzung veröffentlicht, indem sie uns damit getröstet hat, daß auch in anderen, in größeren und reicheren Ländern, als es Österreich ist, die Arbeitslosigkeit sehr groß sei, und sie hat offenbar gemeint, wir sollen uns damit bescheiden, daß geteiltes Leid nur halbes Leid ist. Ich muß sagen, daß ich solche Kommuniqués geradezu für eine Irreführung der öffentlichen Meinung halte. Denn jede Behandlung der Arbeitslosigkeit in Österreich müßte gerade von der Erkenntnis ausgehen, daß die Arbeitslosigkeit hierzulande etwas ganz anderes, etwas nach ihren Ursachen, ihrem Verlauf und ihrer ganzen Struktur Wesensverschiedenes ist von der Arbeitslosigkeit in fast allen anderen Ländern. Meine Herren, es ist heute gewiß in allen Ländern eine große Arbeitslosigkeit; aber das ist eine Arbeitslosigkeit, die hervorgeht aus einer schlechten Konjunktur, aus einem schlechten Geschäftsgang, die daraus hervorgeht, daß in dem ewigen Wechsel von Aufschwung und Niedergang, von Prosperität und Depression, von Hochkonjunktur und Krise, der zu den Eigentümlichkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gehört, daß in diesem zyklischen

Verlauf die Weltwirtschaft jetzt gerade wieder durch eine Periode des Niederganges hindurchgeht. Das ist eine konjunkturelle und daher eine vorübergehende Arbeitslosigkeit. Das gilt, meine Herren, für alle Industriestaaten des europäischen Festlandes zumindest, es gilt selbst, trotz aller schweren Kriegsfolgen, für das Deutsche Reich. Wenn Sie die Statistik der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit der Stabilisierung der Mark durchsehen und Ihr Blick vielleicht nur auf das Jahr 1927 fällt, so sehen Sie sofort, daß die deutsche Wirtschaft in Zeiten guten Geschäftsganges den größten Teil der Arbeitslosen aufzusaugen imstande ist, während das Charakteristische für unsere Volkswirtschaft gerade darin besteht, daß wir selbst in den Zeiten relativ guten Geschäftsganges in der Weltwirtschaft, wie wir sie durchgemacht haben, einen nicht auffaubaren, für unsere Verhältnisse riesig großen Stock von Arbeitslosen behalten haben. Das zeigt doch auf, daß der Hinweis auf andere Länder ganz absurd ist und daß in Wirklichkeit hier eine besondere Ursache vorliegt, über deren Vorliegen sich ja auch niemand täuschen kann.

Die Wahrheit ist, meine Herren, daß die österreichische Industrie in einem Schrumpfungsprozeß begriffen ist. Daß sie dies ist, ist nicht erstaunlich. Eine Industrie, die auf die Versorgung eines großen zollgeschützten Marktes von 50 Millionen Menschen eingerichtet war, ist durch die Auflösung des Wirtschaftsgebietes auf die Versorgung eines kleinen Marktes von 6½ Millionen Menschen reduziert worden. Die anderen Teile ihres alten Wirtschaftsgebietes, die Nachfolgestaaten, sperren sich gegen sie mit hohen und immer höher werdenden Schutzollmauern ab und schränken auch durch einen in einigen von ihnen sehr schnell vor sich gehenden Industrialisierungsprozeß ihren Markt ein. Daher schrumpft diese Industrie Schritt für Schritt zusammen. Wir haben es erlebt, wie zuerst die alten großen Kriegsindustrien eingestellt worden sind; wir haben dann gesehen, wie nach der Stabilisierung der Krone eine Auflösung eines ganz gewaltigen Teiles unserer Industrie erfolgt ist. Wir haben gesehen, wie jeder Wechsel der Konjunktur, wie der Zusammenbruch der Frankenspekulation, wie zuletzt der Zusammenbruch der Boden-Credit-Anstalt diesem Schrumpfungsprozeß immer neuen Anstoß gegeben hat. Und deswegen, meine Herren, liegt hier etwas ganz anderes vor als in allen anderen Ländern. Die Tatsache liegt vor, daß die Industrie, der alten Basis des alten großen Wirtschaftsgebietes beraubt, nun offenbar selbst in Zeiten relativ guten Geschäftsganges nicht imstande ist, einen großen Teil der arbeitssuchenden industriellen Bevölkerung zu beschäftigen. Wir leben unzweifelhaft in einem Zustande einer relativen industriellen Überbevölkerung, das heißt, in einem Zustande, wo eine Menschenmasse da ist, die in dieser Industrie nicht mehr unterkommen kann. Meine Herren, man kann hoffen — und ich hoffe es —, daß dieser Stock von nicht mehr zu beschäftigenden Arbeitslosen durch die natürliche Be-

völkerungsbewegung selbst verkleinert werden wird, etwa vom Jahre 1932 oder 1933 an, das heißt, von dem Jahre an, von dem an nicht mehr die stark besetzten Geburtsjahrgänge der Vorkriegszeit, sondern die ungleich schwächer besetzten Geburtsjahrgänge der Kriegs- und Nachkriegszeit dem Arbeitsmarkt der erwachsenen Arbeiter zufließen werden. Aber man darf nicht übersehen, daß dem wieder die Tatsache der Rationalisierung entgegenwirkt, die Rationalisierung, die in einem Lande mit zusammenschrumpfender Industrie ganz andere soziale Wirkungen hat als in einem Land mit wachsender Industrie, wo der Arbeiter, der an einer Stelle durch die Maschine freigesetzt worden ist, an einer anderen Stelle Beschäftigung finden kann. Es wäre daher töricht, leichtfertig und gewissenlos, sich auf diese Wirkungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung allein zu verlassen, sondern das ist das erste Problem, wenn wir von Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit sprechen wollen, wie man diesen auf jeden Fall, immer, auch in Zeiten besseren Geschäftsganges, als wir ihn heute haben, vorhandenen Stock industrieller Bevölkerung unterbringt, wie man ihn vor dem Untergang, vor dem physischen und moralischen Untergang, wie man die Wirtschaft des Landes selbst von dem Druck dieser industriellen Überbevölkerung schützen kann.

Da wird immer wieder in diesem Zusammenhang von der Auswanderung gesprochen, und niemand wird dagegen etwas einzuwenden haben. Auch wir können es begrüßen, wenn es gelingt, ein paar tausend von diesen Arbeitslosen im Ausland, etwa in Frankreich, unterzubringen, sofern das unter anständigen und menschenwürdigen Bedingungen geschehen kann. Aber es kann sich auch niemand darüber täuschen, daß das doch nur für einen winzig kleinen Teil dieser arbeitslosen Masse möglich ist und daß damit wenig getan ist. Es ist in dem Communiqué der Regierung, von dem ich früher gesprochen habe, auch auf die überseeische Auswanderung hingewiesen worden. Aber ich muß über den Optimismus staunen, der auf die überseeische Auswanderung in dieser Beziehung irgendeine Hoffnung setzen kann. Solange der große Arbeitsmarkt der Vereinigten Staaten durch die Einwanderungsbeschränkungen gesperrt ist, besteht eine solche Hoffnung in Wirklichkeit nicht, denn die überseeischen Länder, deren Arbeitsmarkt heute für Einwanderer frei ist, sind durchwegs Länder, die Menschen brauchen, die zur landwirtschaftlichen Siedlung geeignet sind, was ja nach unserer Erfahrung — und nicht nur nach unserer, sondern nach der Erfahrung aller Industriestaaten — die Masse der arbeitslosen Industriearbeiter und -angestellten nicht ist. Das sind also keine wirklichen Lösungen, dort darf man sie nicht suchen. Wo ist die Lösung dieser Teilfrage — es ist ja das nicht die einzige Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — zu finden?

Erlauben Sie, daß ich einen Moment auf die Geschichte der Republik zurückgehe. Daß unsere Industrie, zurückgeworfen von einem Markt von 50 Millionen

auf einen Markt von $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen, nicht imstande sein werde, den alten Stand von Arbeitern und Angestellten zu beschäftigen, das haben wir Sozialdemokraten vorausgesehen im Oktober 1918, in den Tagen, wo das alte Österreich zusammengebrochen ist, und da war es eines der stärksten Argumente, warum wir damals überzeugt gewesen sind, daß Österreich eine neue Zukunft nur im Anschluß an Deutschland finden könne. Wenn wir damals den Anschluß an Deutschland gefordert und gehofft haben, ihn durchzuführen, in den Friedensverhandlungen das Recht auf ihn erstreiten zu können, so haben wir natürlich auch gewußt, daß auch der Anschluß an Deutschland die Tatsache des industriellen Bevölkerungsüberschusses in Österreich nicht beseitigen würde; aber wir haben angenommen, daß es möglich sein werde, daß dieser industrielle Bevölkerungsüberschuß eben dann in anderen Teilen des großen Deutschen Reiches, an der Ruhr oder am Rhein, in Sachsen oder in Mitteldeutschland oder in einer der vielen deutschen Großstädte Beschäftigung finden werde. Und das wäre an sich, wenn der Anschluß vollzogen gewesen wäre, ebensowenig als ein Unglück zu betrachten, wie es etwa ein Unglück war, daß seit den siebziger Jahren Millionen Deutsche aus den ostelbischen Gebieten nach dem Westen gewandert sind und in den westlichen Industriegebieten Deutschlands beschäftigt sind.

Nun ist uns der Anschluß verwehrt worden, verboten worden von den Siegermächten, und wir haben keine Illusion darüber, wie stark die Macht ist, die dem Anschluß heute noch im Wege ist. Aber die Frage bleibt trotzdem dieselbe. Trotz dem Verbote des staatsrechtlichen Anschlusses bleibt die Frage doch die, ob es keine Möglichkeiten gibt, mit dem Deutschen Reich zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes auf der Grundlage vollständiger Freizügigkeit, auf der Grundlage der Annäherung der sozialen Versicherungseinrichtungen haben und drüben und vielleicht später einmal auch auf der Grundlage einer teilweisen Risikogemeinschaft in der Arbeitslosenversicherung zu kommen.

Wenn ich darüber sprechen will, so möchte ich gleich im voraus zwei Einwänden, die möglich sind, entgegenreten. Der eine ist folgender: Es kann mir natürlich jemand antworten, das habe keine Bedeutung, in Deutschland sei die Arbeitslosigkeit auch furchtbar groß. Das wäre nach meiner Überzeugung ein ganz kurzichtiges Argument; denn in Deutschland handelt es sich um eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit, die augenblicklich eine Erscheinung der gegenwärtigen Phase des industriellen Zyklus ist, aber wie jede konjunkturelle Arbeitslosigkeit vorübergehen wird, wenn sich auch der Zeitpunkt nicht mit Sicherheit voraussagen läßt. Hier aber handelt es sich um etwas ganz anderes; hier handelt es sich um die Unterbringung einer dauernd arbeitslosen Masse. Deswegen darf mir den augenblicklichen Zustand des deutschen Arbeitsmarktes niemand entgehenhalten.

Das zweite, ernstere Argument wäre folgendes: Es könnte mir jemand nicht mit Unrecht sagen, daß Deutschland und besonders die deutschen Arbeiter und Angestellten vielleicht einige Befürchtungen haben könnten, unseren Überschuß an Arbeitskräften in ihr Gebiet aufzunehmen. Ich bin in der Tat der Meinung, daß es eine ganz unmögliche, aussichtslose und unbillige Politik ist, wenn man etwa dem Deutschen Reich im Namen der nationalen Schicksalsverbundenheit Dinge zumuten wollte, die einseitige Opfer des Deutschen Reiches wären, wie das gelegentlich in Österreich geschieht und wie man das erst vor wenigen Tagen aus einer Rede des Herrn Abg. Rumschaf mindestens herauslesen konnte. Das wäre sicherlich unbillig. Sondern es ist klar: In einer Zeit, in der sich die Konjunktur in Deutschland wieder etwas bessert, wäre die Aufnahme jenes Standes an Arbeitslosen, den wir in Österreich dauernd haben, eines Standes, den man etwa auf etwas mehr als 100.000 schätzen kann, für die zehn- bis zwölffach größere deutsche Industrie sicherlich nicht unmöglich. Aber es wäre immerhin ein Opfer Deutschlands, und man könnte Deutschland so etwas nur zumuten im Rahmen einer viel allgemeineren, einer viel weitergehenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Verknüpfung Österreichs mit dem Deutschen Reich, die eben auch für das Deutsche Reich für die Opfer, die es brächte, Kompensationen enthielte.

Ich weiß, wie schwer es ist, dorthin zu gelangen. Man braucht bloß die Geschichte der Handelsvertragsverhandlungen zu verfolgen, um beobachten zu können, wie die Privatinteressen auf beiden Seiten mächtiger sind als das allgemeine und gemeinsame Interesse. Aber ein unmögliches Ziel scheint mir das nicht zu sein, und ich kann mir vorstellen, daß, wenn auch nicht mit einem Schlage, aber im Verlaufe einer Entwicklung, eine solche Verbindung, wie ich sie angedeutet habe, in deren Rahmen auch ein einheitlicher Arbeitsmarkt zu schaffen wäre, auch ohne Verletzung des uns auferlegten Verbotes eines staatsrechtlichen Anschlusses sehr wohl möglich wäre.

Gerade in einer Zeit, in der von verschiedenen Seiten, darunter freilich auch von einer Seite, die man nur noch als Agentur einer Auslandsmacht betrachten kann, immer wieder versucht wird, Österreich zu der naturwidrigsten aller Anlehnungen und aller politischen Orientierungen zu drängen, gerade in einer solchen Zeit halte ich es für wichtig, festzustellen, daß eine solche Verbindung mit dem Deutschen Reich, eine solche wirtschaftliche, kulturelle und politische Verbindung, in deren Rahmen die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes durchzusetzen wäre, nach unserer Überzeugung das nächste und natürlichste Ziel der deutschösterreichischen Außenpolitik sein müßte (*Beifall und Händeklatschen*), das Ziel, das sich unmittelbar nicht aus irgendwelchen politischen Erwägungen, sondern aus der Sorge um unsere Menschen, um die große Menschenmasse ergibt, der unsere

Industrie hier nicht Beschäftigung geben kann. Ich habe das vorausgeschickt, ohne mich natürlich darüber zu täuschen, daß der Weg zu diesem Ziele lang ist und daß wir, bis dieses Ziel erreicht ist, hier nicht die Arme verschränken können, ohne etwas zu tun. Sondern die Tatsache, daß wir es hier nicht mit einer konjunkturellen Arbeitslosigkeit allein zu tun haben, wie in anderen Ländern, sondern mit einem industriellen Schrumpfungsprozeß, der die Tatsache einer industriellen Übervölkerung hervorruft, muß natürlich darüber hinaus auch unsere innere Arbeitsmarktpolitik bestimmen, und davon vor allem will ich heute sprechen.

Das Kommuniqué der Regierung über den Ministerrat, der sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigte, hat vor allem auf die Tatsache hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit ständig durch die Landflucht vergrößert wird. Darin ist etwas Wahres, denn es läßt sich natürlich nicht bestreiten, daß die ständige Abwanderung von Menschen vom Lande in die Stadt, von der Landwirtschaft zur Industrie, die in allen Industrieländern vor sich geht, in einem Lande mit zusammenschrumpfender Industrie ungleich schlimmere Wirkungen hat als in Ländern, in denen die Industrie wächst. Die Tatsache selbst ist also unbestreitbar. Nur muß man sich fragen — mit Tatsachensfeststellungen allein hat sich ein Ministerrat ja nicht zu beschäftigen —: Was will die Regierung also tun? Wir Sozialdemokraten sind die letzten, die etwa einer mechanischen Beschränkung der Freizügigkeit der Bauernsöhne und der Landarbeiter das Wort reden wollten. Es hieße die Tatsachen völlig verkennen, wenn man das für möglich hielte. Wir sind die letzten, die uns etwa auf diese gefährliche Bahn locken ließen, auf die mancher uns locken möchte, etwa durch Benachteiligung der vom Lande stammenden Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge das Problem lösen zu wollen, denn das hieße, die Landflucht nur als Vorwand zu benutzen, um die wertvollen und unentbehrlichen sozialen Einrichtungen zu verschlechtern, sondern wir meinen, daß die Lösung nur mit anderen Mitteln zu suchen ist.

Ein Mitglied der gegenwärtigen Regierung, der Herr Handelsminister, hat ein Buch über die Landflucht und gerade über die Landflucht in Österreich geschrieben, das wirklich ausgezeichnet und aufschlußreich ist. Herr Dr. Hainisch hat in diesem Buche vor allem dargestellt, daß es völlig aussichtslos ist, Bauernsöhne und Landarbeiter auf dem Lande zurückhalten zu wollen, wenn man ihnen dort nicht die Möglichkeit gibt, auch einmal in ihrem Leben zu einem eigenen Hausstande, zu einem eigenen Heim, zu einem eigenen Familienleben zu kommen. (So ist es!) Herr Dr. Hainisch hat in dem Buche als eines der wirksamsten Mittel gegen die Abwanderung eine Siedlungsaktion mit dem Ziele der Schaffung von Heimstätten für die Landarbeiter empfohlen. Meine Herren, das ist ein ganz gewaltiges Problem der Bodenreform, das anzurühren, damit zu beginnen, damit wenigstens den ersten Anfang zu

machen, nicht nur Hilfe für die Landarbeiter, sondern wirklichen Schutz des städtischen, des industriellen Arbeitsmarktes gegen seine Überfüllung durch den ständigen Zuzug vom Lande bedeuten würde. Aber bei uns redet man über diese Dinge nur und schreibt bestenfalls Bücher über sie, zu einer Tat kommt man nicht.

Wir haben im vorigen Jahre durch eine dringliche Anfrage das Problem der Bodenreform zur Diskussion gestellt und insbesondere darauf hingewiesen, daß in einem österreichischen Lande, das ganz besonders viel ländlichen Bevölkerungsüberschuß hat und ihn auf den ohnehin überfüllten städtischen Arbeitsmarkt entsendet, im Burgenlande, diese Frage der Bodenreform dringlicher ist als irgendwo anders. Alle Parteien des hohen Hauses haben uns damals zugestimmt und die Dringlichkeit der burgenländischen Bodenreform anerkannt. In Worten. Geschehen ist seither natürlich nicht das geringste. Wenn man einen kleinen Bruchteil der Energie, die man zum Schaden des Landes und zum Schaden der Volkswirtschaft in den letzten Monaten des vergangenen Jahres an die Verfassungsreform gesetzt hat, an die Bodenreform angewendet hätte, so wäre das nützlichere Arbeit gewesen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Aber das ist ja nicht alles. Es ist ja nicht alles damit gesagt, daß man nichts tut, um die Quellen der Landflucht zu verstopfen und dem Landvolke auf seinem Boden selbst die Möglichkeit der Existenz zu sichern, sondern man geht ja hier noch viel weiter. Wir klagen hier in diesem Hause und in der ganzen Öffentlichkeit seit geraumer Zeit darüber, daß eine Reihe von Unternehmungen der österreichischen Großindustrie, insbesondere der Schwerindustrie in Obersteiermark, aber auch viele Unternehmungen in Niederösterreich es sich geradezu zur ständigen Praxis gemacht haben, bei Bedarf von Arbeitskräften grundsätzlich Bauernburschen aus den Dörfern zu holen und die Arbeitslosen, die in den Arbeitsnachweisen zusammengedrängt sind, arbeitslos zu lassen. Wenn man diese Tatsachen sieht — und jeder von uns ist imstande, Ihnen das geradezu dokumentarisch nachzuweisen —, würde man erwarten, daß das hohe Haus sich wirklich einmütig gegen diese Praxis wenden und gesetzliche Abhilfe gegen sie suchen müßte. Es müßten die Bauern mit uns einer Meinung sein, die ständig über Landflucht klagen, daß es nicht angeht, die Landflucht auch noch künstlich so zu steigern, es müßte die Regierung mit uns einer Meinung sein, denn diese Praxis bedeutet doch, daß durch das fortwährende Heranziehen dieser ländlichen Arbeitskräfte die Arbeitslosen arbeitslos bleiben und ihnen die Unterstützung bezahlt werden muß. Und wenn alle wirtschaftlichen und sozialen Argumente nichts bedeuten würden, so müßte man schon aus reiner Menschlichkeit diese unsere Forderung erfüllen, denn es läßt sich attemäßig nachweisen und ein blutiger und trauriger Zwischenfall der letzten Tage hat es wieder gezeigt, daß dieses

Verdrängen des geschulten, an den industriellen Betrieb gewöhnten Industriearbeiters durch ungeschulte, an den Industriebetrieb nicht gewöhnte ländliche Arbeitskräfte eine der entscheidenden Ursachen der erschreckenden Häufigkeit von Betriebsunfällen in unserer Großindustrie ist. Diese Praxis, die natürlich vor allem von der Alpinen, von den Herren Apold und Buffon, betrieben wird, wird ständig bezahlt mit Augen und Armen und Beinen und dem Leben von Menschen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Nun ist es gar nicht schwer, dagegen Abhilfe zu schaffen. Man müßte nur das Selbstverständliche tun, daß man die Unternehmer verhält, beim Bedarf von Arbeitskräften, so weit es sich nicht um Arbeitskräfte besonderer Qualifikation, also etwa um besonders qualifizierte Facharbeiter handelt, die öffentlichen, paritätisch verwalteten Arbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen, die natürlich die Pflicht hätten, in erster Linie einmal die vorhandenen Arbeitslosen unterzubringen. Wir verlangen das seit geraumer Zeit; in Österreich spricht man über solche Dinge, aber man tut nichts, um Abhilfe zu schaffen.

Allerdings, wie soll man vom Staate Abhilfe verlangen, wenn er ganz dasselbe selbst tut? *(Zustimmung.)* Darüber ist hier auch schon in der Budgetdebatte gesprochen worden. Wie wird bei uns zunächst einmal das Bundesheer angeworben? Es wäre das Natürliche, wenn man sich sagen würde, wenn wir Menschen für das Bundesheer brauchen, suchen wir aus unseren Arbeitslosen die physisch und moralisch Geeigneten aus, stellen sie ein und ersparen damit wenigstens die Arbeitslosenunterstützung. So macht man es aber bei uns nicht. Man schickt die Werbekommissionen in die höchstgelegenen Dörfer und die abgelegensten Gräben hinaus, um nur möglichst wenig Industriearbeiter und möglichst viel Bauernburschen in unser Bundesheer hineinzubekommen. Und achten Sie wohl darauf: es hat sich jetzt — gegen das Gesetz — die Praxis eingebürgert, daß man die auf diese Weise rekrutierten Wehrmänner oft schon nach drei, ja zwei Jahren auffordert, sich um die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen im öffentlichen Dienst zu bewerben. Die scheiden dann aus, besetzen also Arbeitsplätze in der Stadt und werden wieder durch Bauernburschen vom Lande ersetzt. Die politischen Gründe, und Zwecke, warum das geschieht, sind ja jedermann sehr durchsichtig, ebenso, wie es durchsichtig ist, warum die Buffons und Apolds dasselbe machen. Aber es muß doch jeder verstehen, daß das eine künstliche Förderung der Landflucht ist, und es ist so recht charakteristisch für Österreich, daß, während der Herr Baugoin als Minister für Heereswesen diese Praxis der Förderung der Landflucht treibt, dann derselbe Herr Baugoin als Vizekanzler in Abwesenheit des Herrn Bundeskanzlers Kommandeur herausgibt, in denen er sich darüber beklagt, daß durch die Landflucht die Arbeitslosigkeit vergrößert werde. Auch das sind ganz unmögliche Dinge.

Das Selbstverständliche wäre doch, daß man bei Besetzung der Stellen im öffentlichen Dienst möglichst viel aus den Arbeitslosen herausholt, denen man sonst die Unterstützung zahlen muß. Das wäre schon aus rein finanziellen Gründen das Selbstverständliche. Das tun Sie aber nicht. Sie feilschen um die Arbeitslosenunterstützung mit jedem Arbeitslosen, und die Ämter sind glücklich, wenn sie einen Arbeitslosen von der Unterstützung ausschließen können. Aber gleichzeitig werden die Arbeitslosen ganz planmäßig geradezu ausgeschieden von der Bewerbung um den größten Teil der Stellen im öffentlichen Dienste, und es werden ganz künstlich vom Lande her die Menschen zugezogen!

Oder soll ich, meine Herren, daran erinnern — um noch eine dritte Frage, die auch mit der Landflucht zusammenhängt, zu erwähnen —, wie oft wir in diesem Hause, wie eindringlich noch in einer der letzten Sitzungen mein Freund Schneeberger dargelegt hat, wie die Landflucht künstlich gefördert wird durch die über alles unvermeidliche Maß hinausgehende Verwendung slowakischer Wanderarbeiter in unseren landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetrieben? Jeder versteht es: wenn ich 14.000 Slowaken in diese Betriebe einstelle, so verdränge ich Tausende österreichischer Landarbeiter und dränge sie, da sie auf den Gutshöfen keine Beschäftigung finden, auf den städtischen Arbeitsmarkt, wo sie den Arbeitslosen dann Konkurrenz bereiten. Sie haben diese verdrängten Menschen in der Statistik der Arbeitslosen drin, denn wenn sie nur einmal für einige Zeit Arbeit gefunden haben, bleiben sie dauernd auf dem Arbeitslosenstand. Auch das ist eine Tatsache, die niemand leugnen kann.

Das Beispiel Preußens hat gezeigt, daß es möglich ist, auch bei der entwicklungsfähigsten Zuckerrübenwirtschaft diese fremden Wanderarbeiter in wenigen Jahren schrittweise abzubauen. Bei uns ist es nicht möglich, in dieser Sache etwas durchzusetzen, obwohl es offenkundig ist, wie die Arbeitslosigkeit damit zusammenhängt. Meine Herren! Ich habe hier nur von einigen Fragen gesprochen, aber das sind Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das sind Fragen der Arbeitsmarktpolitik, und darauf erwarten wir Antwort von der Regierung.

Gewiß, meine Herren, das ist nicht die einzige Frage. Es steht der Frage, wie man einer Übersteigerung des Angebotes auf unserem Arbeitsmarkt entgegenwirken kann, natürlich auch die nicht minder wichtige Frage gegenüber, wie man der Senkung der Nachfrage auf unserem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken vermag. Da muß ich ein paar Worte über die Rationalisierung, die sich in unserem Lande ebenso vollzieht wie in allen anderen Ländern, sagen. Wir Sozialdemokraten sind nicht so töricht und unwissend, daß wir uns gegen die Rationalisierung wenden würden. Wir verstehen, daß dieser technische und betriebsorganisatorische Weltprozeß nicht gerade an der österreichischen Grenze haltmachen kann, wenn unsere Industrie auf dem

Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben soll. Wir alle, insbesondere meine Freunde von den freien Gewerkschaften, haben sehr oft die nicht leichte und nicht immer sehr populäre Arbeit zu erfüllen gehabt, den Arbeitern, die über manche Rationalisierungsmaßnahmen erbittert oder durch sie beunruhigt waren, verständlich zu machen, daß das etwas Unvermeidliches ist. Aber, meine Herren, unvermeidlich mit Einschränkungen, denn nicht jede Rationalisierungsmaßregel, die privatwirtschaftlich vorteilhaft ist für den einzelnen Unternehmer, ist deswegen auch schon volkswirtschaftlich nützlich. Um das grob und schematisch zu sagen: für den einzelnen Unternehmer ist es vorteilhaft, die menschliche Arbeit durch eine Maschine zu ersetzen, wenn die Ersparung an Arbeitslohn größer ist als die Amortisationskosten der Maschine. Privatwirtschaftlich vorteilhaft. Vom Standpunkte der Volkswirtschaft aber entsteht dann immer erst die Frage, ob die Kosten der Erhaltung des Arbeitslosen, der durch die Maschine verdrängt worden ist, nicht weitaus den Vorteil überwiegen, den der einzelne Unternehmer aus dieser Ersparnis zieht — eine Frage insbesondere in einem Lande, in dem dieser Arbeitslose dauernd arbeitslos bleibt, weil die schrumpfende Industrie ihm nicht an anderer Stelle Beschäftigung geben kann. Dieses Argument, daß man auch privatwirtschaftlich nützliche Rationalisierungsmaßnahmen unter Umständen aus höheren volkswirtschaftlichen Gründen einschränken oder mindestens aufschieben muß, muß heute insbesondere auf eine uns in besonders hohem Maße drohende und bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes besonders gefährliche Rationalisierungsmaßregel angewendet werden. Durch den Zusammenbruch der Boden-Credit-Anstalt befindet sich heute der allergrößte Teil unserer Großindustrie unter der Kontrolle einer einzigen Großbank, nämlich der Credit-Anstalt, und das hat die sehr ernste Gefahr zur Folge, daß Betriebe, die früher in einem Konkurrenzverhältnis zueinander gestanden sind, da sie jetzt unter einer Kontrolle sind, vereinigt werden, und zwar in der Form, daß ein Teil der Betriebe stillgelegt und die Produktion in den anderen Betrieb konzentriert wird. Auch da will ich sagen: Wir Sozialdemokraten sind nicht so töricht, zu glauben, daß man jeden Konzentrationsprozeß verhindern kann. Wir haben uns auch damit beschäftigt und wissen, in welcher ungeheuren Maße gerade nach dem Kriege und nach der Stabilisierung der Währungen dieser Konzentrationsprozeß in anderen Ländern, vor allem im Deutschen Reiche, vor sich gegangen ist. Wir wissen, es gibt solche Konzentrationsprozesse, die unvermeidlich sind, um eine Industrie konkurrenzfähig gegenüber dem Auslande zu erhalten. Das wollen wir nicht bestreiten. Aber wenn Sie sich vergegenwärtigen, was bei unserer Lage auf dem Arbeitsmarkte diese Stilllegungen bedeuten, daß sie den Ruin ganzer Städte, die Überantwortung von tausenden Menschen in ein vollkommen hoffnungsloses und aussichtsloses Elend bedeuten, so wird man

doch sagen müssen: ob solche Konzentrationen im einzelnen Falle wirklich notwendig sind, das kann schließlich doch nicht eine Privatangelegenheit der Credit-Anstalt allein sein, darüber zu entscheiden, darauf muß sich der Staat einen Einfluß sichern. Wir haben, als das Gesetz über die Boden-Credit-Anstalt beraten wurde, in diesem hohen Hause den Antrag gestellt, für eine Reihe von Jahren, für eine kurze Übergangszeit dem Staate ein Einspruchsrecht gegen solche Stilllegungen von Betrieben, die in die Hand der Credit-Anstalt übergegangen sind, zu gewähren. Die Mehrheit dieses hohen Hauses hat diesen Antrag abgelehnt. Die Wirkungen sind jetzt schon bekannt. Sie können sehen, wie heute schon in der Textilindustrie, in der Lokomotivindustrie und in der Automobilindustrie solche Gefahren im größten Maße teils drohen, teils schon eingetreten sind. Was hat man denn in anderen Ländern und Staaten gemacht? Im Deutschen Reiche hat man im Jahre 1920 die sogenannte Betriebsstilllegungsverordnung erlassen, die dem Staat einen gewissen Einfluß auf solche Konzentrationsprozesse gesichert hat, und man hat das nicht etwa nur für die Dauer der Inflation getan, sondern bei der Stabilisierung der Mark im Jahre 1923 hat man diese Betriebsstilllegungsverordnung zwar etwas abgeändert, aber in abgeändertem Zustande in Kraft gesetzt und in Kraft gelassen. Man betrachtet eben dort solche Dinge nicht als Privatangelegenheiten der Unternehmer allein. Gewiß, die Wirkung war beschränkt, gewiß konnten auch die Behörden volkswirtschaftliche oder gar technisch notwendige Konzentrationsprozesse nicht verhindern, das wissen wir alle, aber den Einfluß darauf hat man sich gesichert, einwirken konnte man auf den Prozeß und konnte darauf bedacht sein, in solchen Fällen doch das öffentliche Interesse, das Interesse der Gemeinden, das Interesse der betroffenen Arbeiter und Angestellten soweit als möglich zu wahren. Hier sind solche Dinge nicht durchzusetzen. Hier hält man sich an die alte manchesterliberale Parole: *Laissez faire, laissez passer!* Den Staat geht das nichts an, meine Herren, und das in einem Lande, wo solche Konzentrationsprozesse eben wegen der Schrumpfung der Industrie unvergleichlich gefährlicher sind als in anderen Ländern!

Meine Herren! Ich habe diese Fragen in den Vordergrund gerückt, weil sie unmittelbar mit der Erkenntnis zusammenhängen, von der ich ausgegangen bin, mit der Erkenntnis, daß wir es in Österreich eben nicht nur mit einer konjunkturellen Arbeitslosigkeit allein, sondern mit einer Arbeitslosigkeit aus tieferen Gründen zu tun haben. Aber damit will ich natürlich nicht bestreiten, daß zu der strukturellen Arbeitslosigkeit, die wir haben, in den letzten Monaten eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit großen Umfanges hinzugetreten ist, die sicherlich zum Teil zurückzuführen ist auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage überall in der Welt, die zum andern Teil zurückzuführen ist auf eine leichtfertige Politik, die aus rein machtpolitischen Interessen

vor wenigen Monaten Österreich in eine wirtschaftliche Panik gestürzt, den Kredit Österreichs in der Welt gerade in dem Augenblick, in dem ohnehin die Konjunktur sank, noch wesentlich verschlechtert und dadurch die Lage auf unserem Arbeitsmarkte noch empfindlicher verschärft hat. Wir haben auch eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit, meine Herren, zu der strukturellen dazu, und es ist nun die Frage, was wir dagegen tun können.

Meine Herren! Der Bundesvorstand der freien Gewerkschaften, der am meisten berufen ist, in dieser Frage das Wort zu ergreifen, weil er die überwiegende Mehrheit der österreichischen Arbeiter und Angestellten vertritt, hat der Regierung eine Reihe von Forderungen vorgelegt, durch die nach seiner Überzeugung, die ich vollkommen teile, es möglich wäre, der konjunkturellen Arbeitslosigkeit einigermaßen entgegenzuwirken. Meine Herren, ich habe nicht im Sinne, über diese einzelnen Forderungen zu sprechen. Die Regierung hat darüber Verhandlungen mit den freien Gewerkschaften eingeleitet, und wir können das Ergebnis dieser Verhandlungen abwarten. Soweit es zweckmäßig ist, heute schon darüber hier in diesem hohen Hause zu sprechen, wird ja vielleicht einer von meinen Freunden aus dem Kreise der Vertrauensmänner der freien Gewerkschaften dazu noch Gelegenheit haben. Ich möchte hier, meine Herren, nur auf zwei Fragen aus diesem Fragenkomplex hinweisen, die einer Aufklärung bedürfen.

Die eine ist die Frage der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Meine Herren, wenn man nach einem Beweise dafür sucht, was bürokratische Sabotage, bürokratische Furcht vor Verantwortung und bürokratische Schwerfälligkeit anzurichten vermögen, dann kann man gar kein besseres Beispiel finden als die Geschichte der produktiven Arbeitslosenfürsorge in Österreich. Gewiß ist produktive Arbeitslosenfürsorge nicht ein Allheilmittel, mit dem man alles ausrichten kann; aber sie ist neben den vielen anderen Mitteln, die anzuwenden sind, gewiß auch ein wichtiges Mittel; und es ist kläglich, daß man es in Österreich nicht verstanden hat, aus ihr auch nur das Geringste zu machen. Die öffentliche Meinung, die über diese Fragen gar nicht unterrichtet ist, wird gewöhnlich mit dem Argument abgespeist, der Staat habe nicht das Geld für produktive Arbeitslosenfürsorge. Das ist ein absurdes Argument; denn es liegt im Wesen, ja im Begriffe der produktiven Arbeitslosenfürsorge, wie sie in unserem Arbeitslosenversicherungsgesetz begründet ist, daß sie dem Staate überhaupt nichts kostet, weil der Aufwand, den der Staat zur Beschäftigung von Arbeitslosen macht, in diesem Falle nicht um einen Groschen höher sein kann als der Aufwand, den er sonst an Arbeitslosenunterstützung aufwendet. Es ist das also keine Maßnahme, die an den Kosten scheitern kann, sondern sie scheitert nur an dem Mangel des Willens und des Willens, zu handeln. Und das, meine Herren, ist ein beschämender Zustand, daß in einem Lande, in dem die Arbeits-

losigkeit zu dem größten, zum entscheidenden Problem geworden ist, solche Lebensfragen an solchen Bürokratismen scheitern können.

Meine Herren, noch eine zweite Frage aus denen, die der Bundesvorstand der freien Gewerkschaften in seinem Forderungsprogramm aufgeworfen hat, möchte ich mit ein paar Worten streifen: das ist die Frage der sogenannten Doppelverdiener. Ich weiß, wie ungeheuer schwer dieses Problem ist, ich weiß, daß es ganz unmöglich ist, an das Problem, daß Menschen, die eine Beschäftigung haben, gleichzeitig eine andere Beschäftigung beanspruchen, daß öffentliche Beamte gleichzeitig in Handels-, in Expeditions-, in Privatunternehmungen Arbeit annehmen, daß Pensionisten gleichzeitig eine Arbeit suchen und bekommen, heranzutreten, ich weiß, wie schwer es ist, hier eine Abhilfe zu treffen, ohne gegen die einen, nämlich die Arbeitslosen, die Arbeit suchen, oder gegen die anderen, nämlich gegen die Pensionisten und öffentlichen Angestellten, die mit ihren Gehältern oder Pensionen nicht leben können, ungerecht zu werden. Ich weiß, daß da ein Gesetz nicht ohne weiteres Abhilfe schaffen kann, daß die Lösung viel schwerer ist, als sich es mancher vorstellt. Aber es ist nicht wahr, daß man gar nichts in dieser Sache machen könnte bei einem so überfüllten Arbeitsmarkte, wie wir ihn haben. So wie ich überzeugt bin, daß das entscheidende Mittel gegen die Übersteigerung der Landflucht die obligatorische Arbeitsvermittlung ist, ebenso bin ich überzeugt, daß auch die Konzentration der Arbeitsvermittlung bei den paritätisch verwalteten öffentlichen Arbeitsnachweisen das einzig wirksame Mittel wäre, dafür zu sorgen, daß bei der Besetzung der Arbeitsstellen diejenigen in erster Linie darankommen, die sozial am dringendsten die Arbeit brauchen. *(Lebhafter Beifall.)*

Ich hoffe, daß die Verhandlungen der Regierung über die Forderungen der freien Gewerkschaften schnell geführt werden, und es wäre uns sehr erwünscht, wenn die Regierung schon heute oder, wenn das nicht geht, möglichst bald uns unterrichten könnte, wie sie und in welchem Maße sie diese Forderungen erfüllen will.

Was uns aber hier betrifft, möchte ich, soweit es sich um die Bekämpfung der konjunkturellen Seite der Arbeitslosigkeit handelt, eine andere Frage nun noch besprechen, eine Frage, die ich ganz an den Schluß gerückt habe, aber die mir die wichtigste von allen zu sein scheint. Das ist die Frage der Förderung der Wohlbautätigkeit durch den Bund. Wir haben im Frühsommer des vorigen Jahres hier ein Mieten- und Wohnbaugesetz gemacht. Die Mieter haben in diesem Gesetze Opfer auf sich genommen, sie haben zugestimmt, nicht nur den Zinsgrotschen zu zahlen, der eine Bundesaktion für die Bautätigkeit ermöglichen soll — und diesen Zinsgrotschen zahlt heute jeder, der ärmste Hilfsarbeiter, ja der Arbeitslose zahlt ihn mit dem Mietzins —, die Mieter haben darüber hinaus noch einer Erhöhung der Mietzinse zugestimmt, die

sehr viele Mieter fühlen, die sehr viele empfindlich getroffen hat. Der Preis, den man den Mietern für diese Opfer bewilligt hat, war, daß man ihnen eine große Wohnbauaktion versprach, daß man ihnen in Aussicht gestellt hat, der Bund werde jetzt Mittel aufwenden, um in großzügiger Weise die Bautätigkeit in ganz Österreich zu beleben, daß man ihnen in Aussicht gestellt hat, daß dadurch einerseits der Wohnungsnot und andererseits der Arbeitslosigkeit durch diese Bautätigkeit entgegengewirkt werde. Das ist der Preis, für den allein die Mieter und ihre Vertreter hier im Parlament dem Mieten- und Wohnbaugesetz zugestimmt haben, das ist der Preis für die Opfer, die die Mieter zahlen. Diese Aktion hat man den Mietern versprochen, man hat sie sich von den Mietern bezahlen lassen, und man ist sie also den Mietern schuldig. (*Lebhafter Beifall.*) Aber die gegenwärtige Regierung scheint bisher auf ihren Kredit bei den Mietern nicht allzuviel Wert gelegt zu haben. Ich brauche kein Wort darüber zu reden, wie die ganze Vorbereitung dieser staatlichen Wohnbauaktion behandelt worden ist, ich kann mich zum Beweis auf bürgerliche Quellen berufen, wie der bürokratische Apparat das Ganze verschleppt und hingezogen hat und bis heute zu einer praktischen Auswirkung nicht hat kommen lassen. Das hat auch ein Mitglied dieses Hauses, der Herr Abg. Gryntschak, vor kurzem dargestellt. Ich glaube, es bedarf keiner Darlegung, daß das ganz und gar unverantwortlich ist, eine solche Verschleppung — wir stehen im Jänner, in wenigen Wochen kann die Bautätigkeit wieder beginnen, und das Wiederaufleben einer möglichst großen Bautätigkeit ist natürlich das wirksamste Mittel zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt — ist ganz und gar unverantwortlich, es ist ganz und gar unverantwortlich, wenn auch nur ein einziger Tag, an dem das Wetter das Bauen erlaubt, deshalb verlorengehen müßte, weil der bürokratische Apparat einer Geschäftsstelle und zweier Ministerien nicht rechtzeitig fertig werden kann. Aber es handelt sich nicht nur darum, daß die Bewilligungen dieser Bauzuschüsse für die Bautätigkeit rechtzeitig erfolgen, es handelt sich auch darum, was für Bewilligungen erteilt werden. Das ist wahrhaftig nicht weniger wichtig. Man hat in der Nachkriegszeit in beinahe allen Ländern öffentliche Mittel für die Bautätigkeit aufgewendet; man hat es in Deutschland, in England, in Frankreich, in Holland und in vielen anderen Ländern getan. Aber das Prinzip aller öffentlichen Bautätigkeit in allen Ländern ist bisher doch immer gewesen: wenn Steuergelder für die Bautätigkeit aufgewendet werden, Gelder, die auch der ärmste Steuerträger, der ärmste Mieter, auch der Arbeitslose mit aufbringen muß, dann darf ich diese Gelder nicht dazu verwenden, damit sich wohlhabende Leute daraus Villen bauen können, sondern da müssen das Volkswohnungen werden, Wohnungen, die für die Masse der Wohnungsbedürftigen erschwinglich sind, nicht ein Luxus für wenige, sondern die Be-

friedigung eines sozialen Bedürfnisses der Gesamtheit. Daran hat man sich überall gehalten. Studieren Sie die Geschichte der Wohnbaugesetzgebung der Nachkriegszeit in ganz Europa, so werden Sie sehen: überall hat man in erster Linie Kleinwohnungen, Volkswohnungen aus öffentlichen Geldern gebaut.

Was geschieht nun hier? Wir beobachten schon seit einiger Zeit, daß hier Kräfte am Werke sind, die diese Gelder, die von den ärmsten Mietern aufgebracht werden müssen, zu Geschenken an wohlhabende Leute vergeuden wollen, statt sie zur Erbauung von Volkswohnungen zu verwenden.

Ja, meine Herren, wenn man sich auf den Standpunkt stellt: Es ist mir unsympathisch, diese staatliche Bauhilfe einer Gemeinde oder gar einer sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde zu gewähren, ich gebe sie lieber Privatleuten — ja was sagt man denn damit? Ich gebe zu, in ganz kleinen Orten ist es gewiß auch möglich, daß auch kleine Leute, auch Arbeiter, sich die Mittel beschaffen können, um sich dort ein Häuschen zu bauen, und die Wohnungsfrage ganz kleiner Orte kann man sicher auch durch die Förderung des Eigenheimbaues zu lösen versuchen. Aber niemand, der von den Verhältnissen auch nur eine Ahnung hat, kann glauben, daß das in Wien, daß das in einer Großstadt möglich wäre. Wenn Sie mir sagen: Der Gemeinde gebe ich diese Unterstützung nicht, ich gebe sie Privatleuten — was sagen Sie damit, meine Herren? Für die übergroße Masse der Wohnungsbedürftigen kommt die Erbauung von Eigenheimen in der Großstadt natürlich nicht in Frage, die Baukosten bleiben auch bei Bewilligung des Bundeszuschusses so hoch, daß sich das nur wohlhabende oder wenigstens einigermaßen wohlhabende Leute leisten können. Die Masse der Arbeiter und der Angestellten, aber auch der kleinen Beamten, der kleinen Gewerbetreibenden und der kleinen Geschäftsleute kann sich in Wien nicht Eigenheime bauen, für die kommt das gar nicht in Frage. Wenn Sie in Wien die Gelder, die die ärmsten Mieter aufbringen, für Volkswohnungen aufwenden wollen, dann haben Sie gar keine andere Wahl, als diese Bundeszuschüsse der Gemeinde zu geben, die allein bereit und in der Lage ist, zu dem Bundeszuschuß ihre eigenen Gelder hinzuzuschießen und auf diese Weise Wohnungen herzustellen, deren Mietzins für die Masse der Wohnungsbedürftigen erschwinglich ist.

Ich weiß, es gibt Menschen, auf die ein solches Argument gar keinen Eindruck macht. Die sagen sich einfach: Was? Eine Gemeinde baut? Das ist Sozialismus. Was? Der Gemeinde soll man es geben? Das ist doch eine marxistische Gemeinde. Wir haben Erfahrungen genug aus der letzten Zeit dafür, daß die antimarxistische Phrase in Österreich jedes soziale Gewissen und jedes soziale Verantwortungsgefühl erstickt hat. (*Zustimmung.*) Aber ich warne Sie, meine Herren, davor! Was Sie da tun, werden ja die Mieter sehen, und glauben Sie nicht, daß irgendein

einigermassen größerer Bruchteil von Mietern es verstehen wird, wenn Sie den Zinsgroßchen von den Ärmsten einheben und ihn den wohlhabenden Leuten geben, damit sie sich Villen daraus bauen. Glauben Sie nicht, daß die Mieter es als Erfüllung des gegebenen Versprechens des Wohnbauförderungsgesetzes mit dem allein man ja das Mietengesetz durchgesetzt hat, ansehen werden, wenn Wohnungen zwar gebaut werden, aber die Massen der Wohnungsbedürftigen in diese Wohnungen nicht einziehen kann, weil die Mietzinse zu hoch sind. Solche politische Argumente sind sehr gefährlich in einer Zeit wie der heutigen, denn draußen steht die Masse der Arbeitslosen. Diese Masse der Arbeitslosen begreift es auch, daß nichts als ein ausgedehnter Wohnungsbau ihr im Augenblick helfen kann, daß jede andere Maßregel nur eine beschränkte Wirkung hat und daß nur diese Maßregel allein eine starke Wirkung haben kann. Denn der Wohnungsbau hilft ja nicht nur den Bauarbeitern und den Arbeitern der Baustoffindustrie, sondern, wenn er dem Arbeiter Arbeit schafft, daß er nicht mit dem Bettel der Arbeitslosenunterstützung leben muß, sondern mit seinem vollen Arbeitslohn leben kann, dann spürt das jeder Schneider und jeder Schuhmacher in der Nähe, daß der Mensch wieder einkaufen kann. Das ist also ein wirkliches Staatsproblem!

Die Vergeudung der Gelder für den Wohnbau bedeutet, daß weniger gebaut wird. Es ist schon nachgewiesen worden, daß, wenn man das Geld auf diese Weise verwenden will, man nur etwa ein Drittel der Zahl der Wohnungen wird bauen können, die in der Begründung des Wohnbau- und Mietengesetzes in Aussicht genommen war. Es geht aber nicht an, daß politische Gehässigkeit das volkswirtschaftlich und sozial zwingend Notwendige unmöglich macht. Deswegen erwarten wir von der Regierung vor allem, daß mit der Sabotage der Bundeswohnbauktion durch die Bureaufkratie sofort und schleunigst ein Ende gemacht werde, daß die Sache in Fluß komme, und zwar so schnell, daß bei Beginn der besseren Jahreszeit mit dem Bauen ohne Säumen begonnen werden kann und daß man insbesondere die zur Verfügung stehenden Mittel dorthin leite, wo Wohnungen für die Masse der Bedürftigen gebaut werden können. *(Zustimmung.)* Das gilt nicht nur von der Forderung der Gemeinde Wien, die wir hier vertreten, das gilt ebenso selbstverständlich von den Forderungen der anderen österreichischen Gemeinden, der Städte und Industrieorte, das gilt ebenso von den Forderungen der Baugenossenschaften in den kleinen Orten.

Meine Herren, Sie können mir nun, nachdem ich so einige Fragen aus dem ganzen Komplex herausgegriffen habe, sehr wohl sagen, ich hätte von vielen Dingen nicht gesprochen, die eine sehr starke Wirkung auf den Arbeitsmarkt haben: nicht von Fragen der Anleihepolitik, nicht von Fragen der Steuerpolitik, nicht von Fragen der Zoll- und Handelspolitik. Das

habe ich mit Absicht unterlassen — nicht etwa, als ob ich verkennen würde, daß die ganze Wirtschaftspolitik auf die Lage des Arbeitsmarktes einen Einfluß hat; aber wir möchten nicht, daß diese Debatte heute in dieser ersten Stunde, auf der Höhe der Arbeitslosigkeit, zerfließt in die üblichen tausendmal gehörten allgemeinen Redewendungen über steuerpolitische, handelspolitische und anleihepolitische Fragen. Wir möchten nicht, daß sie zerfließt in die in Österreich übliche Methode, wo jeder das, was er aus ganz anderen Gründen will, mit der Arbeitslosigkeit begründet. Das, was ich heute wollte, war, Ihnen so eindringlich, als ich es vermag, darzulegen, daß wir neben der Anleihepolitik, neben der Handelspolitik und der Steuerpolitik eine besondere Arbeitsmarktpolitik brauchen, eine Politik, die unmittelbar darauf gerichtet ist, den Arbeitsmarkt zu beeinflussen, die unmittelbar darauf zu wirken sucht, das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu gestalten. Und deswegen, meine Herren, habe ich diese Fragen herausgesucht, die mir besonders wichtig erscheinen.

Das Parlament und die Regierung sind nach meiner Überzeugung der österreichischen Volkswirtschaft überhaupt und der österreichischen Arbeiterklasse im besonderen gegenüber mit einer schweren Schuld belastet. Die Mehrheit dieses Hauses hat sich im Herbst des vergangenen Jahres ihre Politik von einem zwar sehr lauten, aber darum nicht größeren und nicht gewichtigeren Teil der Bevölkerung diktieren und aufzwingen lassen. Man hat sich verlocken lassen, in einer Zeit, in der die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Sorgen des Volkes hätte gerichtet werden müssen, das Land mit Macht und Verfassungskämpfen zu beschäftigen, man hat täglich mit dem Gedanken gespielt, daß diese Verfassungskämpfe mit anderen als gesetzlichen und demokratischen Mitteln entschieden werden könnten, man hat dadurch im Herbst das Land an den Rand des Bürgerkrieges gebracht und der Volkswirtschaft die Wunden geschlagen, die sich heute in einer Arbeitslosigkeit ausdrücken, wie wir sie noch nie gehabt haben. Gewiß, wir haben eine strukturelle Arbeitslosigkeit aus tieferen Gründen, und gewiß, wir haben eine konjunkturelle wegen des allgemeinen Niederganges der Wirtschaft. Wir haben aber dazu noch eine spezielle, eine politische Arbeitslosigkeit, eine Heimwehrarbeitslosigkeit. *(Lebhafter Beifall und Handelsklatschen.)*

Die Mehrheit dieses Hauses hat sich mit schwerer Schuld belastet, indem sie sich zu dieser Politik im Herbst hat verleiten lassen, deren Folgen jetzt fühlbar sind. Aber ich will nicht über die Vergangenheit reden. Wir wollen über die Vergangenheit schweigen, wenn Sie jetzt wenigstens Sühne geben für die Schuld, mit der Sie sich belastet haben, indem Sie soweit als möglich gutzumachen suchen, was Ihre Politik auf dem Arbeitsmarkte angerichtet hat.

Denken Sie daran, was ich am Anfang gesagt habe, und es mögen vor allem die Herren von der Regierung daran denken. Wenn wir mit unserer Aktion nur ein paar tausend Arbeitslosen Arbeit schaffen könnten, wäre das schon etwas Großes, ja wenn wir nur, erreichen könnten, daß ein paar tausend Arbeitslose um einige Wochen früher Arbeit bekommen als sonst, so wäre das schon viel, denn jeder Tag jedes einzelnen Arbeitslosen ist Zerstörung von Gesundheit und Zerstörung von Arbeitskraft und Zerstörung von Lebensglück und Zerstörung eines Stückes Zukunft, jeder Tag ist — wenn es sich um so ungeheure Massen handelt — Zerstörung der Gesundheit eines großen Teiles unseres Volkskörpers. Und darum sind wir der Meinung, daß jetzt alles zurücktreten muß gegenüber dieser einen Frage, der entscheidenden Frage des Landes. Wir meinen, daß es wirklich dringlich, daß es wirklich höchste Zeit ist, daß Regierung und Parlament tun, was menschenmöglich ist, um Arbeit zu schaffen, wir meinen, daß es höchste Zeit ist, daß Gesetzgebung und Verwaltung ihre Pflicht erfüllen! *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)*

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Janitzky: Hohes Haus! Auf die Anfrage des Herrn Abg. Bauer u. Gen. erlaube ich mir in Kürze folgendes zu erwidern: Wie bekannt, hat der Herr Bundeskanzler am 25. Jänner d. J. den Bundesvorstand der freien Gewerkschaften empfangen und ihm mitgeteilt, daß die Regierung sich noch im Verlaufe dieser Woche mit den Vorschlägen, die die Herren gemacht haben, auseinandersetzen und die Maßnahmen beraten wird, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit herabzumindern. Diese Beratungen sind derzeit noch im Fluß. Einige dieser Maßnahmen, wie die Vorverlegung der staatlichen Arbeiten und — nach Möglichkeit — die erhöhte Förderung aus den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge sind bereits eingeleitet worden. Ich möchte nur wiederholen, daß die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen sind und daß sich am Freitag der Ministerrat mit dieser Frage beschäftigen wird; am Samstag wird dann den Vertretern der Gewerkschaften die Antwort gegeben werden. Ich bitte deshalb, sich mit diesen Mitteilungen vorläufig zufrieden zu geben. Im allgemeinen sollen ja auch die Schritte, die der Herr Bundeskanzler in der jüngsten Zeit unternommen hat, letzten Endes zur Behebung und Lösung dieses Problems beitragen. *(Beifall.)*

Wenn ich etwas Persönliches einfügen darf, so will ich nur bemerken, daß ich dieses Amt nie übernommen hätte, wenn ich nicht von der Bedeutung der Notwendigkeit sozialer Hilfeleistung durchdrungen wäre. Aber das gleiche kann ich auch von allen Mitgliedern der Bundesregierung sagen. Ich möchte deshalb zum Schluß nur noch betonen, daß wir alle in Einigkeit

bestrebt sind, wirkliche Mittel zur Vinderung der Arbeitslosigkeit zu finden, und daß wir keinen Grund haben, allzu pessimistisch zu sein. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Barbo: Hohes Haus! Mit meinem Vorredner stimme ich darin überein, daß die ungeheure Anzahl der Arbeitslosen alle Parteien, alle Kreise, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zwingen sollte, sich auf diese wirtschaftliche Frage zu konzentrieren, von allen Seiten Vorschläge zu verlangen und davon jene herauszugreifen, die gut gemeint sind und die Möglichkeit bieten, Abhilfe zu schaffen. Wenn von der Not der Arbeitslosen gesprochen wird, so muß ich darauf verweisen, daß die Not der Wirtschaft das Primäre ist und die Not der Arbeitslosen nur jenen schmerzlichen Punkt am wirtschaftlichen Körper bedeutet, den wir bedauern müssen, dem wir aber erst in zweiter Linie beikommen können, wenn wir das Primäre, die Krankheit selbst, zu bekämpfen imstande sind. Ich stimme mit meinem Vorredner auch darin überein, daß das nächste und natürliche Ziel der österreichischen Außenpolitik die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes sein müßte. Wir Großdeutschen stehen auf dem Standpunkte, daß neben diesem einheitlichen Arbeitsmarkte auch ein einheitliches Zollgebiet anzustreben sei, bis es uns gelingt, jenen idealen Gedanken in die Tat umzusetzen, den wir im Anschlusse an das Deutsche Reich sehen und für den wir uns immer ausgesprochen haben.

Wenn Herr Dr. Bauer sich mit den Rationalisierungsmaßnahmen beschäftigt und davon gesprochen hat, daß er zwischen Rationalisierungsmaßnahmen unterscheidet, die der Privatwirtschaft, und solchen, die der Volkswirtschaft dienen, so möchte ich dazu folgendes bemerken: Die Rationalisierung wird doch vorgenommen, um die Konkurrenzfähigkeit eines Betriebes zu erhöhen, um den Absatz zu steigern. Darum kann ich mir nicht denken, daß Herr Dr. Bauer davon nicht überzeugt ist, daß, wenn die Stilllegung der Betriebe schon jetzt durch gesetzliche Maßnahmen gehindert hätte werden können, dies unter allen Umständen dazu geführt hätte, daß der Betrieb in Steyr von der Credit-Anstalt nicht übernommen worden und das Elend heute dort ein vollständiges wäre.

Der Herr Vorredner hat auch davon gesprochen, daß die Panikstimmung, die die Verfassungskämpfe hervorgerufen haben, die Zahl der Arbeitslosen erhöht hat, er hat sogar von einer Heimwehrarbeitslosigkeit gesprochen. Zunächst möchte ich darauf verweisen, daß der Herr Bundeskanzler im Haag und an anderen Stellen wiederholt zu Gehör bekommen hat, daß man sich im Auslande über die von uns durchgeführten Verfassungsänderungen freue und daß gerade diese Verfassungsänderungen dazu angetan seien, das Ansehen und die Vertrauenswürdigkeit Österreichs zu stärken. Wenn er von der Heimwehrarbeitslosigkeit gesprochen hat, so möchte ich sagen, daß, soweit ich

beobachten konnte, zahlreiche Heimwehrführer bestrebt waren, den Unternehmern klarzumachen, daß man nicht nur vom Arbeitnehmer Erfüllung von Pflichten verlangen könne, sondern daß auch der Arbeitgeber Pflichten habe und daß es in erster Linie seine Pflicht sei, in Not geratene und arbeitslos gewordene Volksgenossen zu unterstützen. Es ist also unrichtig, in dieser Form von einer Heimwehrarbeitslosigkeit zu sprechen.

Der Herr Abg. Dr. Bauer hat sich mit einigen der sieben Punkte beschäftigt, die in den Vorschlägen der freien Gewerkschaften enthalten sind. Diese sieben Punkte etwas genauer zu besprechen, wäre außerordentlich verlockend, weil daraus wertvolle Lehren zu ziehen sind. Ich muß es mir mit Rücksicht auf die begrenzte Redezeit versagen, möchte aber doch einzelne Punkte herausgreifen. So hat zum Beispiel mein Vorredner davon gesprochen, daß die Ausgestaltung der produktiven Arbeitslosenfürsorge durch nichts anderes als durch die bürokratische Sabotage gehindert wurde. Ich meine, das ist ein Verkennen der Wirklichkeit, ein Verkennen der Tatsache, daß nicht bürokratische Sabotage, sondern finanzielle Ursachen schuld daran sind, wenn bestätigt werden muß, daß die produktive Arbeitslosenfürsorge tatsächlich nicht jene Erfolge gezeitigt hat, die man sich seinerzeit von ihr erwartete.

Zu den Forderungspunkten der freien Gewerkschaften gehört auch die strenge Handhabung des Achtfundentages und die Beschränkung der Überstunden. Da erinnere ich mich daran, daß es eine Zeit gegeben hat, in der man in Wien von den Kämpfen der Straßenbahner sprach, in der in den Zeitungen breitgetreten wurde, daß Kämpfe zwischen den Straßenbahnern nur deshalb ausgebrochen seien, weil die einen Überstunden und dadurch Mehrverdienst bekommen haben und behauptet wurde, daß diese Überstunden mit parteipolitischer Zugehörigkeit in einem Zusammenhang stehen. Wenn die freien Gewerkschaften, die doch dem Wiener Rathaus nicht allzu ferne stehen, die ernste Absicht hätten, diese Forderung durchzuführen, so könnten sie diese Forderung in erster Linie an einen der größten Unternehmer Österreichs, an die Stadt Wien, richten.

Bei dem Punkte über die Maßnahmen zur Verhinderung der Aufnahme von Landarbeitern in der Schwerindustrie ist mir zunächst aufgefallen, warum die Gewerkschaften nur von der Schwerindustrie sprechen. Der Herr Vorredner hat ganz richtig hervorgehoben, daß nicht nur die Schwerindustrie Landarbeiter aufnimmt, sondern daß sich Landarbeiter und vielfach auch Bauernsöhne, die aus irgendwelchen Gründen das Streben haben, in die Stadt zu kommen, zum Bundesheer drängen. Es ist richtig, daß alle Stellen, wo eine halbwegs sichere Position winkt, ob das nun die Eisenbahn, der Telegraph oder sonstige Bundesbetriebe sind, großen Zulauf haben, und jeder Abgeordnete, der draußen auf dem Lande wohnt, kann von dieser Art von Inanspruchnahme erzählen. Wie kommt

es nun, daß so viele Landarbeiter und Söhne von Bauern das Land verlassen, daß die Landflucht eine solche Steigerung erfahren hat? Gewiß, ich gebe zu, daß die sozialen Verhältnisse auf dem Lande draußen nicht jene sind, die wir wünschen würden. Ich gebe zu, daß auf dem Gebiete des Siedlungswesens und der Bodenreform Unterlassungssünden begangen wurden. Aber der Herr Vorredner wird mir einsehen müssen, daß das eben die Wirkung des Umstandes ist, daß die Reden der Gewerkschafter und Parteipolitiker in den Ortsversammlungen, in denen den Bauernburschen und Arbeitern erzählt wurde, wie arm sie sind, wie rückständig ihre Behandlung sei, wie unbarmherzig der Bauer sie behandle, mit einer Ursache der Landflucht sind.

Es ist kein Wunder, daß diese Leute dann nach und nach mit den gegebenen Verhältnissen unzufrieden werden und das selbstverständliche Bestreben haben, ihre Verhältnisse zu bessern. Die Geister, die Sie riefen, werden Sie nun nicht los. Sie haben durch Verhegung der Landjugend und der Arbeiter auf dem Lande selbst die Landflucht und dadurch eine Konkurrenz für die städtischen Arbeiter geschaffen, mit der sie jetzt allerdings schwer zu kämpfen haben.

Ich möchte weiter feststellen, daß, als seinerzeit der Versuch gemacht wurde, den Gemeinden draußen etwas mehr Verantwortung bezüglich der Arbeitslosenbeschäftigung, beziehungsweise der Vermittlung von Arbeit aufzuhalten, die Sozialdemokratie dies als ein Attentat gegen die Industriegemeinden bezeichnet und behauptet hat, daß das nur gegen die sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden gerichtet sei. Diese Forderung hatte keinen parteipolitischen Hintergrund. Man ging von der Ansicht aus, daß in den Dörfern draußen persönliche Einflüsse, das Streben der Ortsgewaltigen, es sich mit niemandem zu verderben, dafür maßgebend waren, daß man die Gemeinden durch entsprechende Maßnahmen binden und sie veranlassen wollte, jenen Arbeitslosen, die keine Arbeit übernehmen wollen, etwas mehr auf die Finger zu sehen. Es kommt doch vor, daß der junge Mensch, solange er in die Schule geht, beim Bauer arbeitet oder mithilft, in dem Moment aber, wo er das Schulzeugnis in die Hand bekommt, schon durch irgendwelche Kameraden aufgeklärt, nur darauf spekuliert, wie er am raschesten in den Bezug der Arbeitslosenunterstützung kommen könnte, rasch irgendwo in einem Betrieb oder in einem Gewerbe unterzukommen versucht und die Zeit nicht erwarten kann, bis er jene Wochen erreicht hat, deren Ablauf ihm den Bezug der Arbeitslosenunterstützung bringen kann. Es ist für den alten Bauer, der von früh morgens bis zum Abend auf dem Acker draußen wirklich radert, aufreizend, wenn er sieht, daß junge, kräftige, unverheiratete Leute förmlich darauf warten, aus den Mitteln der Allgemeinheit Gelder zu beziehen, die sehr häufig einen Weg gehen, für den sie nicht bestimmt sind.

Wenn der Herr Vorredner und die Gewerkschaften davon sprechen, daß eine strengere Handhabung des

Inlandarbeiterschutzes Platz greifen soll, und wenn in diesem Zusammenhang auf die slowakischen Arbeiter hingewiesen wird, so hätte ich doch gerne gehört, woher der Ersatz für diese slowakischen Arbeiter geholt werden soll; ob die Herren, die das fordern, glauben, daß man aus den Städten für die slowakischen Arbeiter brauchbare und dem Bauer dienliche Kräfte ohne weiteres zur Verfügung stellen kann.

Daß die Frage der Doppelverdiener angeschnitten wird, ist begreiflich, man steht aber hier vor der Gefahr, mehr Ungerechtigkeiten auszulösen als abzustellen.

Wir müssen auf dem Standpunkt stehen, daß der Staat und die Wirtschaft sich am Rande der Leistungsfähigkeit befinden und infolgedessen weder von dem einen noch von dem anderen allzu große Opfer verlangt werden können. Wir haben den Ruhm, die beste soziale Gesetzgebung zu besitzen. Viele von uns sind stolz darauf. Stolz können nur jene sein, die übersehen, daß diese ausgebaute soziale Gesetzgebung gleichzeitig mit der relativ größten Arbeitslosigkeit Hand in Hand geht. Es ist doch ein merkwürdiger Zustand, wenn wir uns vom Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik sagen lassen müssen, daß Österreich daran ist, ein Rentnerstaat zu werden, ein Ausdruck, den wir bisher nur im Zusammenhang mit Frankreich gehört haben. Die Wirtschaft seufzt unter den verschiedensten Lasten, und nicht die geringsten sind die sozialen Lasten. Wenn von günstigen Zoll- und Handelsverträgen und von einer Erweiterung des Absatzgebietes gesprochen wird, so sind das Dinge, die Zeit brauchen und die nicht von uns allein abhängen.

Ich glaube aber, daß neben diesen Bestrebungen auch Bestrebungen gehen müssen, selbst im Innern Ordnung zu machen. Die wichtigste Forderung müßte meiner Meinung nach dahingehen, daß unsere Wirtschaft konkurrenzfähig wird, so daß wir die Märkte nicht nur in Europa, sondern auch in Übersee erobern könnten. In dem Momente, wo diese Konkurrenzfähigkeit gegeben wäre, wäre Arbeit für viele Tausende gegeben. Die Konkurrenzfähigkeit ist eine Frage der Produktionskosten. Die Produktionskosten hängen eng mit den Lohnkosten und den Kosten, die vom Unternehmer für soziale Lasten ausgegeben werden müssen, zusammen. Es mutet ganz merkwürdig an, wenn jene Gewerkschaften, die sehr oft berechnete, aber auch sehr oft unberechtigte Lohnforderungen stellen, in einer Zeit wie der jetzigen mit Maßnahmen einsehen — ich erinnere nur an den Streik in den Hotelbetrieben —, die mit Rücksicht auf unsere Wirtschaft und die ungeheure Zahl der Arbeitslosen jetzt wirklich nicht am Platze sind.

Wir empfinden alle, daß das Los der Arbeitslosen wirklich ein bedauernswertes ist — eines großen Teiles der Arbeitslosen. Diese Einschränkung muß ich deshalb machen, weil ein anderer großer Teil — und das muß ganz offen ausgesprochen werden — den Genuß

der Arbeitslosenunterstützung der geregelten Arbeit vorzieht. Wenn die Arbeitslosenunterstützung nahe an den Verdienst des arbeitenden Menschen herankommt, dann ist es menschlich begreiflich, daß die Sucht, Arbeit zu bekommen, nicht allzu groß ist. Eine Regelung des bezüglichen Gesetzes wird also unter allen Umständen dafür sorgen müssen, daß die Spannung zwischen dem zuletzt bezogenen Arbeitslohn und der Unterstützung verringert wird. So wie die Unterstützung in anderen Ländern nur 60 bis 70 Prozent des zuletzt bezogenen Lohnes beträgt, werden auch wir uns mit dieser Summe begnügen müssen.

Die Zuweisung von Arbeit auf dem Lande ist oft nicht ausreichend. Der Bürgermeister hütet sich, besonders wenn er ein Wirt, ein Kaufmann oder ein anderer Geschäftsmann ist, allzu scharf vorzugehen. Dazu kommt, daß der Arbeitslose nicht jede Arbeit, die ihm zugewiesen wird, annehmen muß, daß er eine ihm nicht entsprechende Arbeit ablehnen kann. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß in einer Zeit, in der man die Leistung von Überstunden und das Doppelverdienenden ablehnt, der Arbeitslose jede ihm zugewiesene Arbeit — Ausnahmen sind gegeben — zu übernehmen habe. Wenn diese Zuweisung möglich ist, dann hätten, glaube ich, die Aufenthaltsgemeinden und die Gendarmeriepostenkommandanten diese Arbeitszuweisung vorzunehmen. Es wird vielleicht erstaunlich sein, wenn ich von dieser Ansicht ausgehe, aber ich glaube, daß die Gemeinden dann gleichzeitig auch die Arbeitsnachweisstätten sein könnten. Und wenn ich von der Zuweisung durch die Gendarmeriepostenkommandanten gesprochen habe, so denke ich daran deshalb, weil ich überzeugt bin, daß diese meist politisch unparteiisch sind und weil viele Gemeindefunktionäre aus rein persönlichen Gründen die Zuweisung von Arbeit oft nicht vornehmen wollen. Ich glaube weiter — ich habe auch darüber gesprochen und geschrieben und vermute, daß mein sehr geehrter Herr Vorredner mit einem seiner ersten Sätze auf diese meine Ansicht abzielte —, daß jeder Arbeitslose einen Teil der Arbeitslosenunterstützung durch Gratisarbeit als Gegenleistung der Öffentlichkeit zurückzugeben habe. Diese Gratisarbeit, diese Pflichtarbeit, wie ich sie nenne, würde unserem Fremdenverkehr in der Form zugute kommen, daß in erster Linie die Landes- und Bezirksstraßen in einen Zustand versetzt werden könnten, daß man in den ausländischen Blättern nicht mehr von einem öffentlichen Skandal sprechen könnte. Unsere Landes- und Bezirksstraßen sind gegenwärtig im Gegensatz zu den Bundesstraßen in einem elenden Zustand. Wenn man in eine Fremdenverkehrsitzung kommt, hört man, daß die Bezirksstraßenausschüsse mangels Schotter nicht imstande sind, die Straßen entsprechend herzurichten. Auf die von mir angegebene Weise ließen sich nun sehr viele Straßen rasch und ohne Kosten wiederherstellen, und es würde der Wirtschaft und einem großen Teil der Arbeitslosen gedient werden.

Ich meine weiter, daß einige Ungerechtigkeiten aus dem bisherigen Arbeitslosen-gesetz verschwinden müßten. Dadurch wäre der Wunsch erfüllbar, den mein sehr geehrter Vorredner zum Schluß ausgesprochen hat. Er hat gemeint, wenn wir auch nicht auf einmal hunderttausende Arbeitsloser zur Arbeit bringen können, es genügt, wenn einige Tausend zur Arbeit kommen. Alle diese Maßnahmen, die ich hier vorschlage, streben diesem Ziele zu. Wenn es nur einige Tausend sind, die dadurch wieder regelrechten Verdienst erhalten, so soll der Vorschlag gut sein.

Einige weitere Vorschläge wären: die Befreiung von der Versicherungspflicht für solche Arbeiter, die nachweisen können, daß sie im Falle ihrer Arbeitslosigkeit durch andere Einnahmequellen oder durch Leistungen von Ersatzeinrichtungen gesichert sind.

Das zweite ist die Rückzahlung der eingezahlten Beiträge oder deren Einrechnung in die Altersversicherung, wenn ein Arbeiter zum Beispiel tausend Wochen, ohne Arbeitslosenunterstützung bezogen zu haben, eingezahlt hat. Das wäre für viele ein Anreiz, auf diese Unterstützung hinzuwirken. Ich glaube schließlich, daß das Genter System, das die Gewerkschaften zu Leistungen für ausgesteuerte Arbeiter heranzieht, unter Umständen heranzuziehen wäre.

Aber auch alle diese Maßnahmen, ob es Änderungen des geltenden Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind oder ob es öffentliche Arbeiten sind, die wir zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen, können die Krankheit nicht heilen. Diesen kleinen verarmten Staat können wir nicht mächtiger, nicht einflußreicher machen. Wir können seine Bodenverhältnisse nicht ändern und auch die Konkurrenz des Auslandes nicht beseitigen. Nur ein größeres Wirtschaftsgebiet, in dem sich Krisen einzelner Gebiete leichter ausgleichen lassen, mit dem im Verein wir Handelsverträge auf einer ganz anderen Basis abschließen könnten, in dem wir einen Zugang zum Meer hätten, dieses gemeinsame größere Wirtschaftsgebiet wäre dazu angetan, das Massenelend, das wir jetzt sehen, zu beseitigen. Der Anschluß an das Deutsche Reich ist unsere Hoffnung. Wir sprechen die Erwartung aus, daß unser Bundeskanzler, der als Sieger aus dem Haag heimgekehrt ist, bei seinem nächsten Besuch, der vielleicht Berlin gelten wird, uns erfolgreich auch in dieser Richtung unserem angestrebten Ziel näherbringen wird. *(Lebhafter Beifall.)*

Schlesinger: Hohes Haus! Vor allem möchte ich zu der Antwort, die der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung unserem Genossen Dr. Bauer gegeben hat, folgendes bemerken: Es ist vor allem unrichtig, daß es jetzt erst notwendig wäre, sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen. Und wenn der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung gemeint hat, der Ministerrat beschäftige sich jetzt eben damit, und wir würden am kommenden Samstag darauf Antwort erhalten, so ist das natürlich blutwenig,

denn die freien Gewerkschaften haben ihre Forderungen schon um die Mitte Dezember veröffentlicht, und wir haben in allen unseren Publikationen seit dem Herbst, eigentlich seit dem vergangenen Sommer, zum Ausdruck gebracht, daß die fortwährend anwachsende Arbeitslosigkeit mit Bestimmtheit vermuten läßt, daß es im Winter zu einer großen Arbeitslosigkeit kommen wird, zu einer solchen Arbeitslosigkeit, wie wir sie in Österreich noch nie erlebt haben. Wir müssen daher schon verlangen, daß die sehr geehrte Bundesregierung uns demnächst, und zwar recht bald, von ihren Maßnahmen in Kenntnis setze und daß wir in einer demnächst stattfindenden Sitzung des hohen Hauses Gelegenheit haben, zu den Maßnahmen, die die Regierung zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit vorschlägt, Stellung zu nehmen.

Vor allem bin ich dem sehr geehrten Herrn Vorredner sehr dankbar dafür, daß er wenigstens für seine Partei, für die großdeutsche Partei, hier zum Ausdruck gebracht hat, wie sich die Herren den Abbau oder die Einschränkung der Arbeitslosigkeit vorstellen. Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung, Einführung der Pflichtarbeit! Der Herr Abg. Jarboch hat vor einigen Wochen in seinem so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinendem Parteiblatt einige Artikel über die Arbeitslosenfrage geschrieben. Wenn man diese Artikel von oben bis unten durchgelesen hat, war man gar nicht im Zweifel darüber, daß der Herr Abg. Jarboch sich zwar vorstellen kann, wie man die Arbeitslosenunterstützung einschränken und dadurch die Zahl der Arbeitslosen herabsetzen könnte; wie man aber die Arbeitslosenfrage so regeln könnte, daß man für die Arbeitslosen auch Arbeit beschafft, damit hat sich der Herr Abg. Jarboch in seinen Artikeln und — ich meine, hier ruhig feststellen zu können — auch in seiner heutigen Rede nicht beschäftigt; denn was das Wenige betrifft, das er über die Pflichtarbeit gesagt hat, so haben wir uns mit diesen Dingen auch beschäftigt und wissen, daß man in jenen Ländern, wo man versucht hat, die Arbeitslosigkeit mit der sogenannten Pflichtarbeit einzuschränken, fast nichts erreicht hat. Denn ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Jarboch imstande ist, nachzuweisen, daß die Pflichtarbeit, die in Bulgarien zu leisten war, ein besonderes Resultat gezeitigt hat. Aber auch die Pflichtarbeit, wie man sie in einzelnen Teilen Deutschlands eingeführt hat, wo der Arbeitslose zu tarifmäßigen Löhnen Arbeit leisten mußte, hat schließlich dazu geführt, daß all die Unternehmungen, die öffentliche Arbeiten zu leisten hatten, ganz einfach erklärten, bei Bezahlung von Tariflöhnen hätten sie es nicht notwendig, sich vorzuschreiben zu lassen, welche Arbeitslose sie zu beschäftigen hätten, sondern da stünden ihm der ganze Arbeitsmarkt und vor allem die öffentlichen Arbeitsnachweistellen ohnedies zur Verfügung.

Aber der Herr Abg. Jarboch hat hier in einer Weise gegen die Arbeitslosen geheßt und den Standpunkt

zumindest eines Teiles seiner Partei, möchte ich annehmen, dargelegt; denn ich glaube nicht, daß die Vertreter der Angestellten und der Arbeiter in der großdeutschen Partei wie der Herr Abg. Brodinger mit dem einverstanden sind, was der Herr Jarboch hier zum Ausdruck gebracht hat. Sicher ist, daß draußen im Reiche die Herren Ihrer Anschauung eine ganz andere Absicht und Ansicht über die Frage der Arbeitslosenunterstützung haben. Ich verweise darauf, daß der Herr Professor Gehde, der Ihnen sicherlich näher steht als uns, im Zusammenhange mit der Rationalisierung in der Industrie und der Frage der Arbeitslosenunterstützung in seinem Artikel „Rationalisierung und Arbeiterschaft“, der in dem von Professor Dr. Harns, der auch Ihnen wieder näher steht als uns, herausgegebenen umfangreichen Werk „Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft“ erschienen ist, in dem Absatz „Unterhalt der Arbeitslosen“ folgendes geschrieben hat (liest): „Der Arbeitslosigkeit als Rationalisierungserfolg — mag sie nun kurz- oder langfristig sein — muß der Staat begegnen. Wo das Ende einer handwerksmäßig betriebenen Industrie vorausgesehen werden kann, da muß er für eine verständnisvolle Berufsberatung sorgen, die den Zustrom rechtzeitig einengt. Die Unterstützung oder die Zahlung von Versicherungsleistungen an Arbeitslose habe ich bei meinen Darlegungen als selbstverständlich angesehen. So reich dieses Gebiet an Problemen organisatorischer und versicherungstechnischer Art ist, so einfach liegt die Sache grundsätzlich unter volkswirtschaftlicher Perspektive. Gehen wir davon aus, daß kein moderner Wirtschaftsstaat einen Teil der Bürger einfach verhungern lassen kann, wenn er ohne persönliche Schuld in einen Mangel jeglicher Substanzmittel geraten ist, so ergibt sich, daß aus den Überschüssen oder Ersparnissen der Volkswirtschaft der Unterhalt für die gezwungenermaßen Unproduktiven genau so mitbestritten werden muß wie für Greise, Kranke oder Kinder.“ Das sagt ein sehr konservativer Professor draußen in Deutschland, während wir hier gehört haben, daß ein großer Teil der Arbeitslosen der Arbeit buchstäblich aus dem Wege geht und die karge Arbeitslosen- oder Notstandsunterstützung der Arbeit vorzieht. Wir werden nicht ermangeln, nicht aus agitatorischen, sondern aus organisatorischen Gründen diese Meinung in den Massen zu verbreiten, damit auch die Massen der Arbeiter und Angestellten draußen erfahren, in welcher Weise von großdeutschen Sozialpolitikern die Frage der Arbeitslosigkeit hier aufgefaßt wird. Die Herren scheinen gar keine Ahnung davon zu haben, wie sich das Wirtschaftsleben seit Beendigung des Krieges bei uns verschoben hat. Sie sprechen nur fortwährend von jungen Leuten, die der Arbeit absichtlich aus dem Wege gehen. Freilich, in der Zeit, zu der wir aus der Lehre gekommen sind und in das Gehilfenleben traten, war die ganze Welt offen, und es hat zu den größten Tugenden eines jeden Arbeiters oder Professionisten gehört, in die

Welt hinauszugehen und sich dort neue Arbeitsmethoden anzusehen, vor allem aber, wenn er zu Hause arbeitslos war — für uns Österreicher stand uns damals ja Deutschland offen — speziell in das Reich hinaus zu gehen und dort Arbeit zu suchen. Krisenzeiten hat es schon in der alten Monarchie gegeben — ich erinnere Sie nur an die große Wirtschaftskrise in den Jahren 1891 und 1892, die bis über die Mitte der neunziger Jahre gedauert hat. Freilich hat man damals, da die Rudolfskaserne nicht weit weg von der Stadt war, die Frage der Arbeitslosen mit den Aufmärschen der Siebener-Drägoner zu lösen versucht. Damals also haben die jungen Leute Gelegenheit gehabt, in die Fremde hinauszugehen und sich Arbeit zu suchen, wenn zu Hause eine Krise eingetreten war. Ja steht denn heute den jungen Leuten die Welt noch so zur Verfügung wie ehemals? Ist es möglich, daß ein jüngerer oder auch ein älterer Arbeiter sein Ränzchen schnürt und in die Welt hinausgeht, um sich Arbeit zu suchen? Heute ist das natürlich unmöglich. Es sind ja in einzelnen Ländern jetzt Bisumerschwernisse nicht mehr vorhanden; aber während vor dem Kriege oft noch Zehntausende österreichischer Arbeiter infolge der Krise in Deutschland draußen auf der Walz waren und von Ort zu Ort zogen, wobei sie doch Arbeit bekamen, ist es heute für junge Arbeiter nicht mehr möglich, auf die Walz zu gehen, denn sie werden in Deutschland als Landstreicher bezeichnet, aus dem einfachen Grunde, weil es eine Arbeitsuche nicht gibt, weil man eine Arbeitsbewilligung haben muß und jeder Gendarm — oder in Süddeutschland jeder Landjäger — in der Lage ist, einen jungen österreichischen Arbeiter, wenn er ihn auf der Walz erwischt, ohne daß er eine Arbeitsbewilligung hat — von einer Aufenthaltsbewilligung ist ja jetzt keine Rede mehr —, sofort hinhinzunehmen und per Schub über die Grenze befördern zu lassen. Sie müssen sich die Dinge so vorstellen, wie sie wirklich sind. Wir haben früher unseren Überschuß an Arbeitskräften, speziell an jüngeren Arbeitskräften, an das Ausland abgeben können, und wir alle haben viele Jahre im Auslande zugebracht, indem wir die Länder durchquerten und dabei andere Leute und andere Sitten, aber auch die neueren Produktionsmethoden kennenzulernen suchten. Das ist heute nicht möglich. Daher kommt der große Überfluß an jüngeren Arbeitern. Dazu kommt, daß wir zwar Schutzgesetze haben — und der Kollege Jarboch hat darüber gewißelt, daß wir mit Stolz sagen, daß wir die beste Sozialgesetzgebung hier in Österreich haben, was ja gewiß wahr ist —, daß aber diese Schutzgesetze in vielen Belangen nicht eingehalten werden, sondern nur auf dem Papier stehen, weil vieles, was hier zum Schutze der heimischen Arbeiter geschaffen wurde, durch die Bureaufkratie unmöglich gemacht wird. Ich verweise da auf das Inlandarbeiterschutzgesetz.

Während den österreichischen Arbeitern in allen Ländern, wo sie durch irgendeinen Zufall Arbeit be-

kommen haben, die größten Schwierigkeiten gemacht werden und sie oft mit ihren Familien ausgewiesen werden, wird unser Inlandarbeiterschutzesgesetz, das natürlich auch zu dem Stolz unserer Sozialgesetzgebung zählt, von den Behörden ganz einfach nicht eingehalten. Alle Industriellen Bezirkskommissionen, bei denen Inlandarbeiterschutzeskommissionen wirken, müssen darüber klagen, daß die Bundespolizeibehörden und auch die Bezirkshauptmannschaften die Akten einfach fort und fort hin und her senden, bevor es zur Bestrafung eines Unternehmers kommt, der unberechtigt ohne Zustimmung des Wanderungsamtes einen ausländischen Arbeiter beschäftigt. Das geht so weit, daß die Bezirkshauptleute und die Bundespolizeibehörden nicht einmal die Gendarmerie sich einmengen lassen, sondern ihre schützende Hand über alle Unternehmer halten, die Unbefugt ausländische Arbeitskräfte beschäftigen. Ich verweise auf das Unterhaltsgesetz, das bestimmt, daß Lehrlinge durch drei Monate nach ihrer Auslehre noch in den Betrieben beschäftigt werden müssen. Wo wird denn dieses Gesetz eingehalten? Kaum ist der Lehrling mit seiner Lehre fertig, wird er mit der Schar der übrigen Entlassenen auf die Straße gesetzt. Und da kommt Herr Jarboch und kommen noch andere Herren und reden in der Öffentlichkeit davon, daß man der würgenden Arbeitslosigkeit nur dadurch Herr werden könnte, daß diese jungen Leute keine Unterstützung erhalten. Dabei scheinen sich die Herren über die Praxis der Arbeitslosenunterstützung völlig im Unklaren zu sein. Ich habe das aus den Ausführungen des Herrn Abg. Jarboch gemerkt, der da zum Beispiel sagte, wir hätten uns als freie Gewerkschaftler und Sozialdemokraten dagegen gewehrt, daß die Gemeinden draußen auf dem Lande zur Besorgung der Geschäfte der Arbeitslosenversicherung zugezogen werden. Gerade das Gegenteil davon ist der Fall: alle Gemeinden stehen jetzt im Dienste dieser Sache, und heute müssen die Arbeitslosenämter, heute müssen die Industriellen Bezirkskommissionen Beschwerden über verschiedene Gemeindegewalttätige, über verschiedene Bürgermeister führen, die es verhindern, daß Leute in Betriebe eingestellt werden, die schon länger arbeitslos sind und aus der Industrie kommen, und daß gerade die Bürgermeister in den kleinen Landgemeinden ihre Befugnisse, bei der Arbeitslosenunterstützung mitzuwirken, insofern überschreiten, als sie dem Bestreben Vorschub leisten, Arbeiter von der Landwirtschaft in kleinere oder größere Betriebe zu vermitteln.

Wenn der Herr Abg. Jarboch es in Abrede stellt, daß wir eine Heimwehrkrise haben, und fragt, er möchte gerne wissen, was eine Heimwehrkrise ist, so erkläre ich ihm, daß, abgesehen von den politischen Folgewirkungen dieser Heimwehrkrise, die Heimwehrkrise in bezug auf ihre Wirkung auf die Arbeitslosigkeit schon darin besteht, daß die Heimwehr es verstanden hat, mit Hilfe der Unternehmerorganisationen und

der Direktoren der großen Unternehmungen Arbeiter aus der Landwirtschaft, die als Heimwehrleute deklariert sind, in die Betriebe hineinzubringen. Das ist ein Teil der Heimwehrkrise in Österreich.

Wenn nun von seiten der Landwirtschaft immer darüber geklagt wird, daß so viele landwirtschaftliche Arbeiter lieber in die Stadt gehen, lieber in die Industrieorte gehen und dort Arbeit suchen, um die Arbeitslosenunterstützung beziehen zu können, so möchte ich gerade die Herren vom Landbund darauf aufmerksam machen, daß wir uns ja in dieser Beziehung auf einer Linie befinden. Auch wir wollen den Zug der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach der Industrie aufhalten. Aber während Sie nur davon reden, haben wir konkrete Anträge gestellt. Wir verlangen, daß zur Arbeitslosenvermittlung nur die paritätischen Arbeitsnachweise bei den Arbeitslosenämtern der staatlichen Industriellen Bezirkskommissionen zugelassen werden. Wenn Sie die Privatarbeitsvermittlungen, wenn Sie die Heimwehrvermittlungen aufheben, dann wird es auch möglich sein, den Zug von landwirtschaftlichen Arbeitskräften in die Industrie aufzuhalten. (Zustimmung.)

Es ist aber auch vom Herrn Abg. Jarboch hier ausgesprochen worden, daß junge Leute, daß jeder Arbeiter geradezu darauf fiebert, endlich arbeitslos zu werden, um diese Dauerrente, um diese Staatsrente zu bekommen. Es ist nicht möglich, auf der parlamentarischen Tribüne Ausdrücke zu finden, die hinreichen würden, um das niedriger zu hängen, was der Herr Jarboch hier ausgesprochen hat und was doch, gelinde gesagt, eine Beleidigung der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft Österreichs bedeutet. (Zustimmung.) Der Herr Abg. Jarboch möge sich nicht immer zur Senffabrik in Krems hinstellen und sich die Dinge dort ansehen, er möge nach Trumau gehen, er möge nach Gramatneusiedl gehen, er möge nach Ebereichsdorf gehen, nach Teesdorf und nach Tattendorf und nach Weigelsdorf und in alle diese Textilindustrieorte gehen und sich anschauen, welche Szenen sich da an jedem Samstag abspielen, wenn die Arbeiter aus den Betrieben entlassen werden, wo die Frauen und Kinder beim Fabrikstor stehen und weinen, wenn der Betrieb gesperrt wird. Der Herr Abg. Jarboch soll doch einmal, wenn auch nur in Krems, zum Arbeitslosenamt gehen, zur Arbeitsnachweisstelle, und er möge dort aufhören und zusehen, wenn ein Hilfsarbeiterposten, ein Tagelöhnerposten ausgerufen wird, wie sich Hunderte darum streiten, wie sie sich darum raufen, diese Arbeit zu bekommen. Ich habe vorhin den Ort Gramatneusiedl genannt. Dort ist eine alte Textilindustrie, es sind zwei Betriebe dort. Der Ort hat 2200 Einwohner und von diesen beziehen 900 die Arbeitslosenunterstützung! (Hört! Hört!) Die ganze erwachsene Bevölkerung ist also arbeitslos. Mit Ausnahme der paar Geschäftsleute, der paar Eisenbahner, der paar Gendarmen und Gemeindeangestellten ist alles auf dem Arbeitslosen-

stand. Der Herr Abg. Zarboch produziert sich auch oft in Gewerbeversammlungen. Er möge einmal zu den Geschäftsleuten, den Bäckern, Fleischermeistern und den kleinen Greißlern in Gramatneusiedl gehen und ihnen sagen, daß die Arbeitslosenunterstützung zu Unrecht bezogen wird. Er wird von ihnen die richtige Antwort bekommen. In vielen Orten unseres Industriegebietes zittern die Geschäftsleute mehr darum, daß die Arbeitslosenunterstützung eingeschränkt werden könnte als vielleicht irgendein anderer Teil der Öffentlichkeit, der sich um die Dinge mehr kümmern sollte.

Der Herr Abg. Bauer hat bereits angeführt, daß in Wien 15·8 Prozent der versicherungspflichtigen Arbeiter- und Angestelltenschaft, im Wiener Neustädter Industriegebiet aber 27·52 Prozent arbeitslos sind. Das sind nur die, die auf dem Unterstütztenstand stehen; die vielen Tausende, die durch alle möglichen Praktiken nach dem Wunsch des Herrn Zarboch aus der Arbeitslosenunterstützung schon hinausbefördert wurden, sind da gar nicht eingerechnet. Im vorigen Jahr betrug diese Ziffer im Wiener Neustädter Industriegebiet nur 21 Prozent. Um 7 Prozent hat sie sich also gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Noch augenscheinlicher kann man das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in jenem Gebiete darstellen, in dem der Herr Sieghart, der Gewaltige der ehemaligen Boden-Credit-Anstalt, seine schützende Hand über der Industrie gehalten hat.

In der vergangenen Woche haben die Zeitungen aller Parteischattierungen ausgeführt, es sei einfach furchtbar, daß die Zahl der unterstützten Arbeitslosen am 15. Jänner in Wien gegenüber dem Vorjahr um 5300 größer war. Das Gebiet, das ich vertritt, hat nur 344.000 Einwohner gegenüber 1.800.000 in Wien, und die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist in diesem Gebiete allein auch um 5000 gestiegen. Daraus können Sie erkennen, daß die Bundesregierung bisher nichts getan hat, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, daß aber in Wien, wie ich aus der Gegenüberstellung dieser beiden Ziffern hier dargestellt habe, die Arbeitslosigkeit nicht so gestiegen ist und daß trotz aller Erzählungen des Herrn Zarboch über Überstunden in den Betrieben der Gemeinde Wien hier mehr für Arbeitsmöglichkeiten gesorgt wird.

Ich bitte also die sehr geehrte Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß wir, womöglich schon anfangs nächster Woche Gelegenheit bekommen, die Antwort der Bundesregierung zu hören; denn durch Gehreden gegen die Arbeitslosenunterstützung allein können die Arbeitslosen nicht zufriedengestellt werden. Wenn Sie dann keine anderen Maßnahmen vorschlagen als bisher, wenn Sie nur die eine Maßnahme haben: Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, so können Sie vielleicht in der allgemeinen Wirtschaft ein Stück Geld bei der Arbeitslosenunterstützung ersparen, aber Sie werden dann — ohne daß das eine Drohung ist, das müssen auch die Herren Abgeordneten der Landbevölkerung einsehen — das Geld für die Neuaufstellung

von Gendarmerieposten, für die Vermehrung der Gendarmerie brauchen. *(Lebhafter Beifall.)*

Striebnig: Hohes Haus! Wenn man von der Regierung Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit fordert, dann sind wir Landbündler der Meinung, daß neben diesen Maßnahmen auch eine andere Frage, die mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängt, berührt werden muß, daß eine Novellierung der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitslosenfürsorge eintreten muß. Ich muß feststellen, daß wir in der Landwirtschaft, speziell in der alpenländischen Landwirtschaft, keine Arbeitslosigkeit haben. Wir haben schon im Vorjahr nachgewiesen, daß vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1928 eine ungeheure Produktionssteigerung in der Landwirtschaft eingetreten ist, und ich muß sagen, es wäre eine weitere Produktionssteigerung möglich gewesen, wenn sich nicht eine solche Landflucht, die vielfach durch die Arbeitslosenfürsorge entstanden ist, bei uns in der Wirtschaft ausgewirkt hätte. Wer Gelegenheit hat, draußen mit den Arbeitgebern in Berührung zu kommen, muß bezeugen, daß ununterbrochen die Forderung erhoben wird: Ändert doch einmal die Arbeitslosenfürsorge, dann wird es möglich sein, daß sich die Verhältnisse in unserem Wirtschaftsleben wenigstens teilweise ändern!

Ich muß noch einmal auf meine Ausführungen, die ich in der Budgetberatung des vorigen Jahres gebracht habe, verweisen. Verdrehen Sie nicht etwa unsere Forderungen! Wir sehen ein, und wir müssen immer wieder feststellen, daß wirklich eine große Arbeitslosigkeit besteht. Gerade aus diesen Erwägungen heraus müssen wir uns alle in diesem hohen Hause zusammensetzen und diejenigen ausscheiden, die nicht in diese Fürsorge gehören. *(Zustimmung.)* Sie wissen ja selbst, meine Herren, was uns diese Arbeitslosigkeit für Geld kostet und welche demoralisierende Wirkung sie ausübt. Wir müssen deshalb die Forderung erheben, daß mit der Eindämmung der Arbeitslosigkeit eine Reform der Arbeitslosenversicherung einhergeht. Die Eindämmung der Arbeitslosigkeit wird ja sicherlich viel Geld kosten, man wird schwere Opfer bringen müssen, und das ist auch notwendig, weil tatsächlich viele Arbeiter in schwerster Not geraten sind. Aber daneben wird man die Forderung erheben müssen: Ordnung machen und hinaus mit denjenigen, die nicht hineingehören!

Es ist richtig, die Zahl der Arbeitslosen war noch nie so groß wie heute. Ich habe schon während der Budgetberatung zum Beispiel auf die Saisonarbeiter verwiesen. Ich bin der innersten Überzeugung und auch die Vertreter der sozialdemokratischen Partei sind mit uns derselben Meinung, daß hier wirklich viele hinausgehören. Weshalb haben denn die Zimmerleute, die Maurer und wie sie alle sonst heißen, diese hohen Stundenlöhne? Man sagt, es sind Saisonarbeiter. Die sind aus der Landwirtschaft hervorgegangen und haben Gelegenheit, sich in der Landwirtschaft auch in

der arbeitsarmen Zeit zu betätigen. Trotzdem sind sie auch in der Arbeitslosenfürsorge. Wie schaut es weiter mit dem Personal aus, welches den Sommer über während der Saison in den Kurorten beschäftigt ist? Ich kenne viele, die einkommensteuerepflichtig sind und die Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Ja, glauben Sie, daß ein Mensch, der wirklich wirtschaftlich denkt, es für möglich hält, einen solchen Zustand aufrechtzuerhalten? Das wird auf die Dauer unmöglich sein. Und wenn die Heimatschutzbewegung sich so entwickelt hat, so sind vielfach die Verhältnisse daran schuld, in denen wir uns jetzt befinden. Man hört vielfach die Frage, warum sich denn die Bauernschaft der Heimwehrbewegung in dem Maße angeschlossen hat. Das hat seinen Grund in der Verzweiflung, in der sich Menschen befinden, die arbeiten und schuften und dabei sehen müssen, wie Leute unterstützt werden, die noch vor kurzem in der Landwirtschaft tätig waren und die man jetzt bei der Eisenbahn und so weiter sieht. Da müssen wir uns zusammensetzen und einmal Ordnung machen. Ich muß nochmals betonen, daß Sie selbst ja dieser Meinung sind, es aber aus politischen Gründen nicht zugeben wollen, weil Sie fürchten, Wähler zu verlieren.

Schauen wir uns nur in Wien um! Ich habe vor ganz kurzer Zeit in der Zeitung gelesen, wie ungeheuer groß die Arbeitslosigkeit der Hausgehilfinnen in Wien ist. Wenn wir aber der Sache auf den Grunde gehen, sehen wir, daß das Wiener Steuersystem viel zu dieser Arbeitslosigkeit beigetragen hat. (*Zustimmung.*) Die Breitner-Steuer, die die zweite Hausgehilfin in einem Haushalte mit 50 S oder so ähnlich, besteuert, ist jedenfalls von dem Grundsatz ausgegangen, daß alle jene Familien, die eine zweite Hausgehilfin beschäftigen, nicht zu Ihnen gehören oder so vermögend sind, daß sie diese Steuer bezahlen können. Sie sind aber noch weitergegangen und haben eine progressive Steigerung für die dritte und vierte Hausgehilfin vorgesehen. Das muß doch zu der Arbeitslosigkeit beitragen, die heute in Wien besteht. (*Zwischenrufe.*)

Ich muß auch noch auf die Auswirkungen der Arbeitslosenunterstützung auf jene Forstarbeiter verweisen, die nach dem Landarbeiterversicherungs-gesetz nicht arbeitslosenversicherungspflichtig sind und auch keine Unterstützung bekommen. Ich habe wiederholt Gelegenheit, mit diesen Leuten zusammenzukommen, und mußte vernehmen, welche Erbitterung bei ihnen darüber herrscht, daß sie nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen und keine Unterstützung bekommen. Das sind Auswirkungen, die wir auf die Dauer nicht ertragen können, denn wir alle wissen, daß jene Forstarbeiter, die dem Landarbeiterversicherungs-gesetz unterliegen, doch reichlich Gelegenheit haben, sich wieder in der Landwirtschaft zu betätigen. Warum wollen sie denn nicht zurück? Sicher gibt es auch unter ihnen viele Arbeiter, die sich nicht auf den Bezug der Arbeitslosen-

unterstützung kaprizieren. Aber viele sind darunter, die sagen: Ja, warum bekommen wir sie nicht, wenn sie die anderen bekommen? Das ist ein System, mit dem man endlich einmal brechen muß, und ich muß noch einmal betonen, daß wir uns eine Eindämmung der Arbeitslosigkeit nur dann vorstellen können, wenn gleichzeitig auch eine Regelung der Arbeitslosenversicherung vorgenommen wird.

Herr Dr. Bauer hat darauf hingewiesen, daß ein wesentlicher Grund, warum viele Arbeiter vom Lande abwandern, die Unmöglichkeit einer Familiengründung ist. Ja, geben Sie uns die Möglichkeit und helfen Sie mit, dafür zu sorgen, daß wir finanziell in die Lage versetzt werden, einen landwirtschaftlichen Arbeiter, der 3, 4 oder 5 Familienmitglieder zu erhalten hat, auch entsprechend zu entlohnen. Diese Frage ist nicht so einfach. Derjenige, der draußen im praktischen Leben steht, wird sagen, nicht das ist die Ursache, daß die Arbeiter nicht Gelegenheit zur Familiengründung haben; Gelegenheit hätten sie, aber mit Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage ist es unmöglich, sie so zu bezahlen, daß diese vielen Familienmitglieder erhalten werden können. Deshalb müssen wir Landbündler fordern, obzwar wir mit der Eindämmung der Arbeitslosigkeit einverstanden sind und dafür Opfer bringen wollen, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung geregelt wird. (*Beifall und Handeklatschen.*)

Spalowsky: Hohes Haus! Die Tatsache, daß nach den letzten Ausweisen die Zahl der Arbeitslosen nahezu auf 300.000 gestiegen ist, ist sehr ernst und sicherlich geeignet, jeden Menschen in diesem Staate mit der größten Sorge zu erfüllen, wie denn nicht nur die Zukunft dieser unglücklichen Menschen, sondern auch die Zukunft des ganzen Staates und unserer ganzen Wirtschaft sich wird gestalten müssen. Ich bin mir vollständig darüber klar, daß alle einsichtigen Menschen das Bestreben haben müssen, sich zu bemühen, diese Erscheinung zurückzudämmen, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern und insbesondere auch dafür zu sorgen, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Zukunft nicht mehr einen solchen Anstieg nehmen kann, wie wir ihn in den letzten Jahren immer mehr und mehr beobachten konnten. Aber wir müssen uns auch ebenso klar darüber sein, daß alle Vorschläge zur Eindämmung und Verminderung der Arbeitslosigkeit vielfach von problematischem Wert sind. Zumindestens muß man sich — und das ist auch aus den Ausführungen des Begründers der Anfrage hervorgegangen — klar darüber sein, daß höchstens einige tausend Arbeitslose durch gewisse Maßnahmen das Glück haben können, Arbeitsgelegenheit zu finden, und wir keinerlei Sicherheit haben, daß bei den bestehenden Verhältnissen nicht auch noch in den nächsten Wochen eine weitere Verschärfung der jetzigen Situation eintreten wird. Man muß also die Tatsache festhalten, daß wir uns einem furchtbaren Zustande gegenüber befinden, gegen den

wir außerordentlich wenige Handhaben besitzen, um ihm abzuhelpen oder ihn anders zu gestalten.

Die Erörterung der Arbeitslosigkeit hat in der Öffentlichkeit und auch in diesem hohen Hause wiederholt stattgefunden; speziell wurde gelegentlich der Beratung des Bundesvoranschlages ausgiebig darüber gesprochen. Die Frage der Arbeitslosigkeit wurde von verschiedenen Seiten behandelt, und auch ich habe am 15. Dezember bei der Beratung des Voranschlages des Ministeriums für soziale Verwaltung über diese Frage gesprochen. Ich habe damals einige Ursachen der Arbeitslosigkeit behandelt und in diesen Darlegungen die Sorge zum Ausdruck gebracht, wie wir dieser Dinge überhaupt Herr werden können. Ich kann mich übrigens darauf berufen, daß ich gelegentlich dieser Darlegungen von dieser Stelle aus an die Bundesregierung die Bitte gerichtet habe, alles veranlassen zu wollen, daß diejenigen Arbeiten raschest vergeben werden, die schon vergeben werden können. Nicht bloß zu meiner Befriedigung, sondern um der Wahrheit die Ehre zu geben, will ich feststellen, daß der Herr Bundesminister Professor Innitzer sehr bald darauf in einem Rundlasse an sämtliche Ministerien und andere Stellen diese Aufforderung weitergeleitet und den Auftrag gegeben hat, daß soweit als möglich die Aufträge vergeben werden oder die Ausschreibung erfolgen soll. Daher ist es durchaus nicht richtig, was in manchen Blättern behauptet wird, daß Bundesregierung und Bundesverwaltung der Arbeitslosigkeit gegenüber sich teilnahmslos verhalten, sondern es ist Tatsache, daß von den maßgebenden Stellen Schritte unternommen worden sind, um dieser Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Ich bitte die Bundesregierung, sich neuerdings die Mühe zu nehmen, festzustellen, welche Wirkung ihre Aufforderung gehabt hat, denn ich bin überzeugt, daß dabei auch manches zum Vorschein kommen wird, das sonst verborgen bliebe, so daß die Befürchtung erweckt werden könnte, daß von den einzelnen Stellen diese Frage wirklich nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt worden wäre.

Hohes Haus! Wir müssen uns klar sein, daß gerade die Fragen, die der Herr Abg. Dr. Bauer am Schlusse seiner Ausführungen nur mit einigen Sätzen erwähnt hat, es sind, die die Grundursache unserer Arbeitslosenmisere darstellen. Unsere Anleihepolitik, unsere Steuerpolitik und insbesondere auch unsere Handelspolitik sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Behandlung der Arbeitslosenfrage.

Wir haben die Arbeitslosenfrage in der Hauptsache von zwei Gesichtspunkten aus zu beurteilen. Sie ist zunächst bei uns ebenso wie in anderen Ländern ein Ausdruck der Konjunktur, der Verhältnisse im Wirtschaftsleben und auf dem Wirtschaftsmarkte. Sie ist aber auf der anderen Seite nicht allein bedingt von den allgemeinen weltökonomischen Verhältnissen, sondern sie wird in Österreich durch die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse, die ja auch der Herr Fragesteller

hier erörtert hat, noch ganz besonders beeinflusst. Diese Dinge müssen wir uns fortwährend vor Augen halten. Und ich kann gerade für die Mehrheitsparteien das eine in Anspruch nehmen, daß diesen wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen, die sowohl für die allgemeine Arbeitslosigkeit als auch insbesondere für die österreichischen Verhältnisse von großer Bedeutung sind, sowohl seitens der Mehrheitsparteien als auch seitens der Bundesregierung jederzeit das größte Augenmerk zugewendet worden ist.

Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir in Österreich, wie wir bei einem Vergleich zum Beispiel mit einem Nachbarstaate am deutlichsten sehen können, wesentlich ungünstigere Voraussetzungen für eine bessere Entwicklung unseres Arbeitsmarktes haben als andere Staaten. In der Schweiz gibt es nahezu keine Arbeitslosigkeit, während die Arbeitslosigkeit in Österreich eine erschreckende ist. Dabei sind das Gebiete, die aneinander grenzen, die in ihrer Bodeninformation und ihrem wirtschaftlichen Aufbau viel Ähnlichkeit aufweisen. Ein Unterschied aber darf nicht aus dem Auge verloren werden: die Schweiz hatte während des Krieges Gelegenheit, ungeheure Kapitalien anzusammeln, während Österreich, wie alle kriegsführenden Staaten mehr oder weniger verarmt sind, ganz besonders verarmt ist. Es ist die furchtbare Kapitalsnot, die furchtbare Not an Betriebsmitteln, die bei uns zu einer immer größeren Verschärfung der Krise führt, und diesen Dingen entgegenzuwirken ist eine der wichtigsten Aufgaben, die man erfüllen muß, wenn man die Arbeitslosigkeit wirklich bekämpfen will. Darum sind die Mehrheitsparteien der Meinung, daß es die nächste Aufgabe ist, soweit irgendwie die Möglichkeiten gegeben und die Voraussetzungen erfüllt sind, wenigstens auf dem Gebiete der Steuerpolitik es der Wirtschaft zu ermöglichen, wieder einiges Kapital anzusammeln. Es kann nicht dauernd Aufgabe der Finanzverwaltung eines Gemeinwesens sein, jeden Ertrag eines Unternehmens einfach wegzusteuern, und in dieser Hinsicht haben wir sehr notwendig, Schritte zu unternehmen.

Aber ich will dabei gleich feststellen, hohes Haus, daß es sich hier nicht allein um notwendige Maßnahmen seitens der Bundesfinanzverwaltung und des Nationalrates handelt, sondern auch um wichtige Aufgaben anderer Gebietskörperschaften, insbesondere der Gemeinde Wien, die gerade in der letzten Zeit wieder den deutlichen Beweis geliefert hat, daß sie mit einem Starsinn sondergleichen an der ganz verfehlten und falschen Steuerpolitik festhalten will, die sie inaugurirt hat. *(Beifall und Händeklatschen. — Dr. Bauer: Welche Steuern habt Ihr herabgesetzt? Die Gemeinde Wien hat Steuern ermäßigt!)* Herr Abg. Bauer, wenn Sie sich auf Steuerherabsetzungen berufen, die im Rathaus erfolgt sind, wundert mich das. Man hat einige wahrhaft unscheinbare Steuerermäßigungen vorgenommen und zu gleicher Zeit der Bevölkerung

neue Lasten auferlegt. (*Zustimmung.*) Das ist keine ernste Politik, vor der man irgendwelche Achtung haben kann. (*Zwischenrufe.*)

Wenn hier noch andere Dinge Beachtung finden müssen, so sind es die Fragen unserer Handelspolitik. Wir haben für unsere Produktion, für unsere Waren keinen Absatz mehr. Der Absatz wird immer geringer und geringer. Die Absatzmöglichkeiten werden dadurch beschränkt, daß, wie es in der von Herrn Dr. Bauer angeführten Rede des Kollegen Runschaf mit Nachdruck festgestellt worden ist, Österreich mit einer chinesischen Mauer umgeben ist, die es Österreich unmöglich macht, in andere Märkte einzudringen, während dieses Österreich seine Märkte offenhalten soll und seinen Markt allen anderen Produkten fremdländischer Erzeugung ausliefern soll. Es ist eine ganz verfehlte Handelspolitik, die insbesondere auch von den Kreisen der Opposition oft betrieben wird, die immer nur den reinen Konsumentenstandpunkt sich vor Augen hält und niemals daran denkt, daß der Arbeiter in erster Linie Produzent ist und an der Produktion selbst das allergößte Interesse hat. (*Lebhafter Beifall.*) Es muß sich auch in der Einstellung weiter Kreise zu den Fragen der Handelspolitik eine Wandlung vollziehen, und erst dann, wenn diese vollzogen ist und wenn insbesondere in den Fragen der Handelspolitik die Demagogie aufhört, eine Rolle zu spielen, werden wir dazu kommen, daß wir auch die Voraussetzungen für eine wirklich gesunde Entwicklung unserer ganzen Produktion schaffen, für eine gesunde Entwicklung, der auch ganz falsche Mittel der Handelspolitik seitens anderer Staaten nicht mehr den Weg versperren können.

Wenn ich am Schlusse meiner Ausführungen auf die einzelnen Dinge zu sprechen komme, die zur Abwehr und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeführt worden sind, so möchte ich nur feststellen, daß die Frage der Arbeitsvermittlung eine Frage ist, die für die Arbeiterschaft selbst von der größten Bedeutung ist. Und wenn hier von den Vorrednern darauf verwiesen wurde, daß wir zu einer wirklichen Regelung nur dann kommen werden, wenn einzig und allein nur mehr die öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweise bestehen, muß ich hier das sagen, was ich schon wiederholt gesagt habe, daß die Erfahrungen aus der bisherigen Praxis uns dazu berechtigen, daß wir kein Vertrauen zu diesen sogenannten öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweisen haben, weil sie lediglich im Interesse einer Mehrheit von Organisierten tätig gewesen sind und ganz brutal über die Rechte einer Minderheit sich hinweggesetzt haben, deren Angehörige ebenfalls das Recht haben, auf einen Arbeitsplatz zu gelangen. Hierfür liegen Beweise in Hunderten von Fällen vor, und es ist daher auch für diejenigen Gewerkschaften, die nicht der Mehrheit angehören, ein Gebot der Notwendigkeit, auch für sich einen Einfluß auf den Arbeitsmarkt zu haben. Das kann nur durch die Errichtung eigener

Arbeitsnachweise ermöglicht werden, die so lange bestehen müssen, solange nicht eine wirkliche paritätische Führung gewährleistet ist, die nicht darin ihren Ausdruck findet, daß man die Arbeitsnachweise paritätisch nennt, sie aber als nichts anderes betrachtet als ein Vollzugsorgan einer Gewerkschaftsrichtung.

Wenn der Herr Abg. Dr. Bauer von einer politischen Arbeitslosigkeit gesprochen hat, möchte ich nur feststellen, daß wir uns über eine sehr lange dauernde politische Arbeitslosigkeit zu beklagen haben, und gerade wir christlichen Arbeiter haben darüber sehr viel zu klagen gehabt, daß man Arbeiter nur deswegen von den Arbeitsplätzen vertrieben hat, weil sie sich geweigert haben, ihre Gesinnung und ihre Überzeugung preiszugeben. (*Lebhafter Beifall.* — *Zwischenrufe.*) Dieses System ist vor dem Kriege schon begonnen worden und ist nach dem Kriege im Zeitalter der Demokratie im Namen der Sozialdemokratie bewußt fortgesetzt worden. Und das ist eine politische Arbeitslosigkeit, die niemals zu verantworten ist, eine politische Arbeitslosigkeit, die ganz unerhört ist und deren Beseitigung mit allen Mitteln angestrebt werden muß. Wir werden daher allen diesen Versuchen, die da gemacht werden, um die christlichen Arbeiter um ihre Existenzmöglichkeit zu bringen, mit aller Schärfe und mit aller Energie entgegentreten. Die Herren mögen die Dinge darstellen, wie sie wollen; das, was von den Vorrednern beklagt worden ist, ist nichts anderes als die notwendige Reaktion auf das, was in unverantwortlicher Weise von den sozialdemokratischen Gewerkschaften durch Jahrzehnte hindurch betrieben worden ist. Diese Abwehr wird auch weiterhin fortgesetzt werden. (*Zwischenrufe.*)

Ich möchte den Herren Anfragestellern noch eines zu erwägen geben. Sie haben darauf verwiesen, daß der Bund der freien Gewerkschaften eine Reihe von Vorschlägen gemacht hat. Ich will mich ebensowenig, wie die Vorredner diese Vorschläge behandelt haben, mit diesen Vorschlägen beschäftigen, nachdem sie übrigens teilweise nur problematischen Wert haben. Ich möchte nur eine Tatsache festhalten, die mir sehr wichtig erscheint. Es ist eine Gepflogenheit, die ebenfalls schon Jahrzehnte her datiert, daß seitens einer großen Anzahl von Gewerkschaften mit allem Nachdruck das Bestreben verfolgt wird, in den Kollektivverträgen die Feiertagsarbeit festzulegen. An den Feiertagen soll also gearbeitet werden. Das wird unter der Begründung verlangt, daß es sich der Arbeiter nicht leisten könne, an den Feiertagen nicht zu arbeiten, da er den Lohn braucht, um leben zu können. (*Zwischenrufe.* — *Ruf: Gegen Bezahlung!*) Ich mache darauf aufmerksam, daß wir den Grundsatz der Feiertagsbezahlung auch in Kollektivverträgen bereits zur Durchsetzung gebracht haben. (*Neuerliche Zwischenrufe.* — *Forstner: Das verlangen doch die Unternehmer!*) Ich bin auch ein Kenner der freien Gewerkschaften und verfolge ihre Tätigkeit seit einer ziemlich Reihe von Jahren. Es ist offensichtlich zum Ausdruck gebracht worden, daß

beispielsweise am Heiligen Abend und am Fronleichnamstag gearbeitet werden muß, angeblich weil der Arbeiter auf den Lohn nicht verzichten kann. Zu anderen Zeiten hat man aber genug Veranstaltungen gesehen, bei denen die Arbeiter von den freien Gewerkschaften gezwungen worden sind, auf den Arbeitslohn zu verzichten. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Aber wir haben dabei noch folgende Tatsache festzustellen: Dieses Bestreben hat bei einer Reihe von Arbeitgebern Verständnis gefunden. *(Anhaltende Zwischenrufe Forstner.)* Aber Herr Forstner, beruhigen Sie sich doch! *(Dr. Bauer: Wir wollen über die Arbeitslosigkeit sprechen, und Sie halten eine Agitationsrede gegen die Gewerkschaften! — Neuerliche Zwischenrufe.)* Sie werden mir nicht verbieten, Herr Dr. Bauer, daß ich hier rede! *(Lärmende Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Waber *(wiederholt das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Ich bitte, sich zum Worte zu melden. *(Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)*

Spalowsky *(fortfahrend)*: Ich stelle hier fest, daß diese Bestrebungen der freien Gewerkschaften, die lediglich in freidenkerischem und kulturkämpferischem Sinne verwirklicht worden sind, bei gewissen Arbeitgebern Verständnis gefunden haben, die sich auf den Standpunkt stellten, es sei ein Gebot der Betriebsökonomie, der besseren Ausnutzung der Betriebsmittel, daß an Feiertagen gearbeitet wird. *(Zustimmung.)* Und so ist es dazu gekommen, daß heute an Feiertagen gearbeitet wird — absichtlich und demonstrativ gearbeitet wird. *(Zustimmung.)* Wenn man sich zurechtlegt, was das bei 1,250.000 Arbeitern und Angestellten bedeutet, wenn an 10 Feiertagen im Jahre gearbeitet wird, so wird man erkennen, daß damit Arbeitslose geschaffen werden und daß das eine Frage ist, über die man nicht hinwegsehen darf. Wir sind der Überzeugung, daß in einer Zeit, in der kaum an den Arbeitstagen die Arbeitskräfte beschäftigt werden können, nicht nur die Sonntagsruhe und der Erntegrubetag ehrlich eingehalten werden muß, sondern daß auch an den Feiertagen die Arbeit zu verbieten ist, daß man nicht auf der einen Seite dagegen demonstriert, daß an Feiertagen die Geschäfte geöffnet sind, während auf der andern Seite die Geschäftsinhaber nicht wissen, wie sie sich einrichten sollen, wie einer vor dem andern sich schützen soll, um sich schließlich doch dazu zu entschließen, das Geschäft offenzuhalten und dabei nicht einmal die Regien decken zu können, die das Offenhalten der Geschäfte erfordert. Diese Frage hat genau so große Wichtigkeit wie manche andere Fragen, die von den freien Gewerkschaften angeschnitten worden sind. Ich habe darauf hingewiesen, weil wir glauben, daß dieser Frage Wichtigkeit zukommt. Wenn ich darauf verwiesen habe, daß die Frage auch von anderen Gesichtspunkten beurteilt werden kann, dann sind die Herrschaften nervös geworden. Das

kann ich ihnen schließlich nachfühlen, daß sie nervös geworden sind. Hier bloß Reden zu halten, um der Bundesregierung und den Mehrheitsparteien die Schuld zu geben, das ist kein Beweis für uns, daß man bei den Antragstellern den Willen hat, der Arbeitslosigkeit zu begegnen, sondern daß man ganz andere Absichten verfolgt, und diese Absichten weisen wir zurück. Wir sind der Überzeugung, daß die Bundesregierung das, was in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ihre Aufgabe ist, erfüllen wird, und wir für unsere Partei sind bereit, die Regierung in ihrem Bestreben zu unterstützen. Wir hoffen aber auch, daß es durch unsere zukünftige Arbeit möglich werden wird, eine solche Lösung der brennenden Wirtschaftsfrage herbeizuführen, die es uns ersparen wird, in Zukunft von so schweren Heimsuchungen, wie es die Arbeitslosigkeit ist, weiterhin verfolgt zu werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Anhaltende Zwischenrufe.)*

Janacek: Hohes Haus! Man hätte erwarten können, wenn auch in unserem Lande die politischen Gegensätze viel heftiger sind als in vielen anderen Ländern, daß in einem Augenblick, wo alle die Empfindung haben, daß sich unser Land in einer so ungeheuer schweren Krise befindet, von allen Seiten der Versuch unternommen wird, die Lösung dieses schwierigen und fast unlösbar scheinenden Problems ernstlich in Angriff zu nehmen. Die Debatte hat gezeigt, daß davon sehr wenig zu sehen ist und daß die Redner der Majoritätsparteien eigentlich nichts anderes im Sinne haben, als daß sie gerade die Ärmsten der Armen, die durch die Arbeitslosigkeit, durch diese furchtbare Krise am allerschwersten getroffen sind, zum Teil um die Unterstützung zu bringen versuchen und zum Teil sie noch dafür beschimpfen, daß sie die Leidtragenden dieser Krise sind. *(Ruf: Das ist eine Entstellung der Wahrheit!)* Das ist keine Entstellung der Wahrheit. Denn wenn hier von Arbeitslosen so geredet wird, daß bei Ihnen nur die einzige Tendenz vorhanden sei, wie sie in den Bezug der Arbeitslosenunterstützung kommen, und wenn man das ganze Problem der Arbeitslosigkeit nur von dem Standpunkte aus behandelt, daß es unter den Arbeitslosen Menschen gibt, die mißbräuchlich die Unterstützung beziehen — ja ist denn das ein Standpunkt, von dem aus man das Problem in wirklich ernster Weise behandeln kann? Mißbräuche gibt es überall. Mißbräuche gibt es nicht nur bei den Arbeitslosen — wir haben Mißbräuche noch bei ganz anderen Leuten feststellen müssen. Sie haben einen Finanzminister gehabt, der nach Amerika durchgebrannt ist — das war mehr Mißbrauch, als ein Arbeitsloser mit ein paar Schilling begehen kann. *(Binder: Das ist eine Versamlungsrede!)* Das ist keine Versamlungsrede, weil ich nicht der Meinung sein kann und Sie selbst es nicht sein dürften, daß deswegen, weil es unter den Arbeitslosen auch Menschen gibt wie überall,

die unkorrekt vorgehen, man die Arbeitslosen beleidigen und sie mit Menschen auf eine Stufe stellen kann, mit denen man sie nicht auf eine Stufe stellen sollte, und daß man sich namentlich nicht die Brutalität leisten sollte, darüber nachzudenken, wie man die Arbeitslosen möglicherweise um die Unterstützung bringen könnte.

In einem Augenblick, wo das Problem der wirtschaftlichen Krise auf der Tagesordnung steht und auch die Regierung sich ernstlich bemüht, dem Problem näherzuerücken, ist das doch keine Lösung, wenn man versuchen würde, wirklich an der Unterstützung zu rütteln. Aber das eine sagen wir Ihnen auch: Wenn Sie glauben, daß Sie an der Unterstützung der Arbeitslosen irgendwie rütteln und das Problem von dieser Seite aufzäumen können, werden Sie den allerenergischsten Widerstand erleben! (Lebhafter Beifall.) Dessen können wir Sie versichern. Ich bin überzeugt, daß Menschen, die objektiv denken können, auch wenn sie nicht in unserem Lager stehen, begreifen werden, daß man die Arbeitslosigkeit nicht damit beseitigen kann, daß man den Arbeitslosen die Unterstützung nimmt. Wird dadurch ein Stück Arbeit mehr geschaffen, wenn Sie den Arbeitslosen die Unterstützung reduzieren oder wegnehmen? Haben Sie damit die Arbeitslosigkeit beseitigt? Sie wollen nur die Unterstützten um die Unterstützung bringen — kein Wort darüber, wie man die Krise bannen kann. Das ist eine sehr traurige Behandlung dieses Kapitels, und man muß halt auf ein Niveau steigen, das sich der Herr Abg. Spalowsky ausersuchen hat, um diese Frage so zu behandeln. Denn ich muß schon fragen, was haben denn seine Ausführungen über die Feiertagsarbeit mit diesem Problem zu tun, was hat denn ... (Zwischenrufe.) Wir werden schon darauf zurückkommen, warten Sie nur einen Augenblick. Wir haben die Frage der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit in dem Problem der Arbeitslosigkeit wahrlich nicht zu finden vermocht — wenigstens ich kann sie nicht finden. Denn es könnte zwar sein — wenn ich selbst auf dieses Argument eingehen wollte —, daß man einen christlichen Arbeiter irgendwo entfernt, dann bleibt aber doch der Arbeitsplatz nicht unbesetzt, sondern es wird halt ein anderer Arbeitsloser an dessen Stelle hingelegt. (Lebhafte Rufe: So? — Zwischenrufe.) Aber das ist kein Problem, das mit der Frage zusammenhängt, wie man der Arbeitslosigkeit steuert. Die Arbeitslosen bestehen ja nicht aus christlichen oder aus freigewerkschaftlichen Arbeitslosen, sondern die Arbeitslosigkeit ist ein Problem der Volkswirtschaft, das man nicht so behandeln kann.

Aber ganz verkehrt und ganz demagogisch hat Herr Spalowsky die Frage der Feiertagsarbeit behandelt. Ich möchte daran erinnern, daß gerade der österreichische Metallarbeiterverband in Wien im Frühjahr des Jahres 1929 einen Kampf führen wollte, daß auch die Arbeiter Feiertage haben sollen, denn in der Industrie ist es so, daß der Arbeiter zwar Feiertage bekommt, aber er bekommt an ihnen nichts gezahlt, er hat also

keine Feiertage, sondern Hungertage eingeschaltet, und es ist begreiflich, daß auch die Arbeiter in der Industrie gefordert haben, wenn die ganze Bevölkerung Feiertage hat, soll sie auch der Arbeiter haben und nicht, wenn er einen Feiertag hat, dann am Ende der Woche um einen Tag weniger Lohn beziehen. Wir haben also, wie wenn wir die Tendenzen der christlichen Gewerkschaften irgendwie begreifen wollten, nach der Richtung hin wirken wollen, den Arbeitern Feiertage zu schaffen. Wer aber war es denn, der den freien Gewerkschaften in dem Kampfe ganz niederträchtig in den Rücken gefallen ist? Die christlichsozialen Gewerkschaften waren es, die als erste eine Publikation in der „Reichspost“ veröffentlicht haben. ... (Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe. — Spalowsky: Die Gemeinde Wien hat sie ihnen auch nicht gegeben!) Das ist nicht wahr! (Spalowsky: Entschuldigen Sie, die Kollektivverträge kenne ich doch, die der Speiser abgeschlossen hat! — Anhaltende Zwischenrufe.) Schauen Sie sich die Kollektivverträge der Gemeindearbeiter an und zeigen Sie mir einen, wo die Feiertage nicht bezahlt werden. (Rufe: Welche Feiertage?) Alle Feiertage, die es gibt, mehr Feiertage als in der Privatindustrie. (Anhaltende Zwischenrufe.) Jedenfalls aber steht fest, daß gerade die Frage der Feiertagsbezahlung gezeigt hat, daß die christlichen Gewerkschaften. ... (Rufe: Wo?) Aber Sie brauchen doch nur in der „Reichspost“ die Erklärungen zu lesen. Ich stelle fest, daß damals der Wiener Industriellenverband diese Forderung abgelehnt hat und daß die christlichen Gewerkschaften in Ihrem eigenen Blatte die Erklärung abgegeben haben, daß eine Erhöhung der Löhne genügend wäre und dadurch die Frage der Feiertagsbezahlung aus der Behandlung gezogen werden könnte. (Zustimmung.) Wir sehen also, daß es durchaus nicht gut war, wenn der Herr Abg. Spalowsky diese Frage angezogen hat.

Aber die Fragen der Arbeitslosigkeit sollen ganz anders behandelt werden. Ein Abgeordneter hat sich hier sogar geleistet, zu sagen, daß man den Arbeitslosen zumuten soll, daß sie als Gegenleistung für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung irgendeine Pflichtarbeit übernehmen sollen. Ja ich möchte denn doch die Frage stellen: für welche Gegenleistung soll denn der Arbeitslose diese Pflicht übernehmen. Wofür bekommt er denn die Arbeitslosenunterstützung? Bekommt er die geschenkt oder muß er dafür Beiträge zahlen? Er bekommt ja diese Unterstützung auf Grund seiner Beitragsleistung, auf Grund von Beiträgen, die sehr empfindlich für den Arbeitslosen und für den Arbeiter sind, der im Betriebe steht, und es ist gar niemandem berechtigt, von ihm für eine Leistung der Versicherung, die er auf Grund von Beitragsleistungen erhält, irgendeine Pflichtarbeit zu verlangen. Das ist ein Standpunkt, der von der Voraussetzung ausgeht, als ob man den Arbeitslosen die Unterstützung schenken würde. Es scheint, daß der Herr Abgeordnete nicht weiß, daß diese

Arbeitslosenunterstützung kein Geschenk ist, sondern eine Leistung, die der Arbeitslose auf Grund von Beitragsleistung zu beanspruchen hat.

Es ist, um ein Argument ganz besonders aufzuzeigen, auch davon geredet worden, daß das Steuersystem der Gemeinde Wien dazu beiträgt, daß die Arbeitslosigkeit größer wird, daß insbesondere durch die Einführung der sogenannten Hausgehilfinnensteuer so viele Hausgehilfinnen arbeitslos werden. (*Ruf: Selbstverständlich!*) Wenn Sie ein bißchen rechnen können, dann nehmen Sie einen Bleistift zur Hand und rechnen Sie sich aus, wie groß so eine Hausgehilfinnensteuer ist. Eine Hausgehilfin kostet mit Lohn, Verpflegung und allem, was man im Jahre bieten muß, ungefähr 200 S im Monat. Was die Steuer anbelangt, so ist das Halten einer Hausgehilfin überhaupt steuerfrei, für die zweite sind 50 S an Steuer im Jahre zu bezahlen. (*Ruf: Und für die dritte?*) Es wird mir doch niemand erzählen können, daß diese 50 S im Jahre irgendeinen Besitzenden abhalten werden, sich eine zweite Hausgehilfin zu halten. (*Zwischenrufe.*) Der Herr Rothschild ist meiner Meinung nach nicht geeignet, Ihre Sympathien zu erwerben, damit ihm die Hausgehilfinnensteuer herabgesetzt wird. (*Lebhafter Beifall.*)

Dazu kommt aber noch, daß die Hausgehilfinnensteuer nicht irgendwo verschwindet, sondern von der Gemeinde Wien wieder zur Schaffung von Arbeit benutzt wird. Die Gemeinde baut Häuser und gestaltet die Betriebe aus, sie pumpt also das Geld, das sie aus der Hausgehilfinnensteuer und anderen Steuern bekommt, durch Arbeit wieder in die Wirtschaft hinein, es werden dafür große Zweige der Industrie und des Gewerbes beschäftigt. Darum ist ja auch die Arbeitslosigkeit in Wien am geringsten von allen Ländern, weil die Gemeinde Wien durch ihre Steuerpolitik eine wirklich produktive Arbeitslosenfürsorge schafft. (*Lebhafter Beifall.*) Das wollen Sie aus politischen Gründen begreiflicherweise nicht zugeben, aber es wäre die Krise in Österreich sicherlich nicht so groß, wenn auch der Bund ein solches Steuersystem hätte wie die Gemeinde Wien. (*Gelächter*) und ebensoviel für die produktive Arbeitslosenfürsorge leisten würde wie die Gemeinde Wien. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Ich glaube nicht, daß das Steuersystem des Bundes, das dem Arbeitslosen die Lebensmittel verteuert und das ganze Leben im Lande erschwert, ein produktives, die Produktion förderndes Steuersystem ist. Ich begreife, daß meine Ansichten bei Ihnen auf kein Verständnis stoßen, weil Sie sonst zugeben müßten, daß Sie eine falsche Steuergesetzgebung betreiben.

Ich möchte noch ein Argument unterstreichen, das hier so bekämpft wurde, und möchte darauf verweisen, daß Sie es als einen unberechtigten Vorwurf empfinden, daß man die jetzige Krise eine Heimwehrkrise nennt. Ich stelle fest, daß die Beschäftigung im Vorjahre bis zu dem Augenblick des Ausbruches der Verfassungs-

kämpfe den Beschäftigungsgrad der beiden Vorjahre überschritten hat. Wir hatten im Vorjahre Ansätze einer Konjunktur, aber in dem Augenblick, wo die Verfassungskrise einsetzte und die Bankdirektoren und Kapitalisten ihr Geld ins Ausland schickten, setzte die Krise sofort ganz ungeheuerlich ein. Der Krach der Boden-Credit-Anstalt war doch nichts anderes als das Resultat Ihrer glänzenden Verfassungskämpfe, woraus die ungeheure Arbeitslosigkeit entstand. Natürlich haben nicht nur diese Gründe die verstärkte Arbeitslosigkeit hervorgerufen.

Heute wurde schon von der Rationalisierung gesprochen. Ich möchte nur in ein paar Worten darauf hinweisen, welchen Weg wir in dieser Beziehung gehen und daß es höchste Zeit ist, daß sich der Staat, die Regierung und die ganze Öffentlichkeit damit beschäftigt. Denn wenn die Intensivierung der Arbeit, wenn die technische Ausgestaltung der Industrie in solchem Tempo fortschreitet, werden wir in nicht langer Zeit vor der Situation stehen, daß nur ein geringer Bruchteil der Arbeiter benötigt wird und die anderen zu Tausenden draußen stehen werden, ohne verwendet werden zu können.

Ich will nur an zwei Beispielen zeigen, wie sich die Rationalisierung in der Industrie auswirkt. Die meisten Menschen können sich von den Folgen dieser Rationalisierung kein richtiges Bild machen. Wenn ich sage, daß heute in den Betrieben ein Arbeiter das Zweifache, Dreifache, Fünffache, Zehnfache, Zwanzigfache der Vorkriegsleistung hervorbringen muß, ist das natürlich eine Redewendung, deren Sinn nicht leicht aufzunehmen ist. Ich will Ihnen aber ein paar Ziffern vorführen. Wir haben in Österreich eine gutgehende Industrie, die Glühlampenindustrie, die früher Tausende von Arbeitern beschäftigt hat. Die Rationalisierung ist natürlich auch in diese Industrie eingedrungen und hat folgendes Resultat ergeben: Eine Firma — ich nenne nur eine — hat im Jahre 1922 beispielsweise 990 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die in der Stunde 2-88 Glühlampen produzierten. Durch die Rationalisierung und technische Umgestaltung ist es so weit gekommen, daß im Jahre 1926 nur mehr 453 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren, die pro Stunde schon 6-31 Glühlampen erzeugten. (*Hört! Hört!*) Im Jahre 1927 waren nur mehr 231 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, aber es wurden in der Stunde 11-93 Glühlampen erzeugt. (*Hört! Hört!*) Der Arbeiterstand ist also auf ein Viertel gesunken und die Produktion auf das Vierfache gestiegen. Glauben Sie, daß diese Rationalisierung so fortschreiten kann, ohne daß man etwas dagegen unternimmt? Da werden aus einer Industrie, die Tausende von Arbeitern beschäftigt hat, Tausende Arbeiter entfernt. Diese Industrie würde heute bei den alten Methoden 7000 bis 8000 Menschen beschäftigen, sie beschäftigt aber heute nur 1600. Sie müssen sich doch auch einmal ein Urteil darüber machen, was mit den übrigen Arbeitern geschieht.

Das ist aber nicht nur in der einen Industrie so. Ich führe Ihnen eine andere Industrie als Beispiel an, nämlich die Erzeugung von Rasierklingen, auch eine Massenindustrie, die sich rationalisiert hat. Früher wurden bei dem Arbeitsprozesse, der Schneiden heißt, pro Tag 32.000 Stück erzeugt, jetzt auf dem laufenden Bande 70.000. Früher bei dem Härten pro Tag 12.000 bis 13.000 Stück, jetzt auf dem laufenden Bande 80.000; früher beim Polieren pro Stunde 50 Stück, jetzt 600 Stück; beim Schleifen früher 160 Stück pro Stunde, jetzt 240 Stück. Beim Ätzen der Klingen hat eine Person früher in der Woche 5000 Stück erzeugt, jetzt erzeugt eine Person in der Stunde 2000 Stück. Stellen Sie sich das vor: 5000 Stück in der Woche und jetzt 2000 Stück in der Stunde! Das ist ein Mißverhältnis von Produktion und Nachfrage, wie man es sich ärger nicht vorstellen kann.

So ist es natürlich in der ganzen Industrie, und diese Dinge sind es, die so furchtbar einwirken und gegen die irgend etwas gefunden werden muß. Die Regierung wird sich damit beschäftigen müssen, vielleicht irgendein Forum zu schaffen, wo beide Teile, sowohl Industrielle als auch Vertreter der Arbeiter, nach Methoden suchen, um diese verhängnisvollen Auswirkungen zu beseitigen. Das sind die Wege, die eingeschlagen werden müssen, um vielleicht eine Lösung herbeizuführen. Aber den Arbeitern, die durch die Rationalisierung arbeitslos werden, die Unterstützung wegzunehmen, das ist kein System. Man muß dieser Frage vielmehr dort entgegenreten, wo man sie wirklich anpacken kann, das ist auf dem Wege einer gründlichen Untersuchung der Mittel und Wege, durch die man solche Methoden einführen kann, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut und das Elend der Arbeitslosen gebannt werden kann. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Damit ist die Aussprache über die dringliche Anfrage beendet.

Auf Vorschlag des Präsidenten Dr. Waber gemäß § 33, E, der Geschäftsordnung wird beschlossen, die Wahl zur Erstattung der Dreivorschläge für die Er-

nennung von drei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern des Verfassungsgerichtshofes auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen und sofort durchzuführen.

Die Wahl wird gemäß § 61, B, der Geschäftsordnung mittels Stimmzettels vorgenommen.

(Über Namensaufruf seitens der Schriftführerin Seidel geben die Abgeordneten die Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme des Skrutiniums:)

Es wurden 130 Stimmen abgegeben; die absolute Mehrheit beträgt 66. 130 Stimmen sind entfallen auf folgende Herren:

Mitglieder: 1. Dr. Adolf Wanschura, Senatsrat i. R. in Wien, Dr. Friedrich Michinger, Präsident des Landesgerichtes für Strafsachen in Wien, Dr. Hans Bablik, Notar in Wien; 2. Dr. Hermann Eckel, Präsident der Rechtsanwaltskammer in Wien, Dr. Julius Berger, Rechtsanwalt in Wien, Dr. Emil Krasser, Rechtsanwalt in Wien; 3. Dr. Jakob Freundlich, Rechtsanwalt in Wien, Dr. Max Adler, Rechtsanwalt in Wien, Prof. Dr. Stephan Brasloff in Wien.

Ersatzmitglieder: 1. Dr. Ludwig Pragmayer, Hofrat und Gerichtsvorsteher in Innsbruck, Dr. Hermann Vilas, Präsident der Rechtsanwaltskammer in Salzburg, Dr. Michael Burgstaller, Rechtsanwalt in Korneuburg; 2. Dr. Edmund Balla, Kammersekretär in Wien, Senatspräsident Dr. Sigmund Grünberg in Wien, Dr. Heinrich Steiniz, Rechtsanwalt in Wien.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Über Antrag Doppler wird beschlossen, die Regierungsvorlage B. 428, betr. die Bürgerlisten, der ersten Lesung zu unterziehen.

Zugewiesen werden die Regierungsvorlage B. 427 dem Ausschuß für Handel und der Antrag Nr. 249 dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 15 Min. abends.